Deutsches Reich.

○ **Berlin**, 9. Febr. Nachdem vor ungefähr 14 Tagen die Berathungen des Verwaltungsrathes der Kolonialgesellschaft für Südwestafrika im ganzen resultatlos verlaufen waren und es den Anschein gewonnen hatte, als ob die Aussichten für ein gedeihliches Eingreifen der Gesellschaft oder einer aus ihr gebildeten Minengesellschaft auf ihrem metallreichen Boden in weite Ferne gerückt sei, sind einzelne Mitglieder seitdem im stillen für die beabsichtigten Zwecke thätig gewesen und es ist anzunehmen, daß die Wiederaufnahme der Berathungen zu einem günstigen Ergebnisse führen wird. — Was die abzusendende Expedition anlangt, so sind die Verhandlungen mit dem Schweizer Iselin wegen Leitung derselben anscheinend gescheitert. Dem Vernehmen nach soll die Führung der Expedition nun einem deutschen Fachingenieur anvertraut werden.

Die **Ansiedelungskommission für Posen und Westpreußen** kann, da das Gesetz vom 26. April 1886 in § 1 ausdrücklich nur von mittleren und kleineren ländlichen Grundstücken spricht, die Austhuung größerer Güter, als außerhalb des Zweckes liegend, nicht ins Auge fassen. Nur da, wo ein dringendes finanzielles Interesse dafür spricht, also wo z. B. die Unverwerthbarkeit von Gebäuden des bestandenen Großbetriebes zu kleinwirthschaftlichen Zwecken, größere Fabriken und Triebwerke oder sonstige Verhältnisse die Ausrüstung mit einer größeren Feldlage angezeigt erscheinen lassen, werden in einzelnen Fällen größere, nicht den Charakter der Restgüter tragende Komplexe ausgethan werden können. Solche Restgüter werden daher ein Restbestand von Grundstücken sein, die aus den von der Ansiedelungskommission angekauften großen Gütern nach vorausgegangener Planauslegung und Vergebung der größten Anzahl der ausgewiesenen Stellen an ländliche Kleingrundbesitzer übrig bleiben. Ueber die Grundsätze der Vergebung dieser Restgüter hat in der Ansiedelungskommission noch nichts beschlossen werden können, insbesondere ist noch zweifelhaft, ob diese Restgüter verkauft oder nur pachtweise zu vergeben sein würden. Nach einem vom Präsidenten der Ansiedelungskommission an Ansiedelungsanwärter für Restgüter neuerdings ertheilten Bescheide scheint indessen der käufliche Erwerb von Restgütern nicht in naher Aussicht zu stehen und es ist hierbei nur für den Fall eine Ausnahme vorgesehen, daß ein Anwärter auf das Restgut sich das sehr schätzbare Verdienst erwirbt, die zur Besiedelung der im kleinen auszuthuenden Grundstücke nöthigen Ansiedler aus einer gleichmäßigen Landsmannschaft deutscher Bauern und Kleingrundbesitzer nachzuweisen und so ein werkthätiger Agent der Ansiedelungskommission wird, der seinen Lohn in dem Pachtgute finden will. Es ist möglich, daß ihm dann dieselben Erwerbsbedingungen bewilligt werden wie den Ansiedlern, die Stellen zu Eigenthum erwerben wollen.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

4. Session. 7. Legislaturperiode.

33. Sitzung vom 9. Februar.

Das Haus ist gut, die Tribünen sind nur mäßig besetzt.

Am Tische des Bundesraths: Staatssekretär v. Boetticher, Kriegsminister Broniart v. Schellendorff, Generalmajor Blume, Direktor im Reichsschatzamt Aschenborn und zahlreiche Kommissare.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Da Eingänge nicht vorhanden sind, tritt das Haus sofort in die Tagesordnung ein.

Ersten Punkt derselben bildet die zweite Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltung des Reichsheeres aufgrund des Berichts der Kommission für den Reichshaushalts-Etat.

Abg. Freiherr v. Huene als Berichterstatter (Centrum): Der Herr preußische Kriegsminister ist in der Kommission den Wünschen dadurch zuvorgekommen, daß er eine Spezifizirung der großen Summen gab, welche ich dem Reichstage mitzutheilen beauftragt bin. Es sind dies folgende Positionen: A. Artilleriematerial, Waffen, Munition und Unterbringung dieser Sachen 163,242,075 M. B. Feldgeräth, Schanzzeug ꝛc. 9,344,000 M. C. Bekleidung und Ausrüstung 33,958,340 M. D. Unterbringung der Bekleidung ꝛc. 3,479,650 M. E. Verpflegungswesen 2,324,000 M. F. Sanitätswesen 646,605 M. G. Für andere Zwecke 197,000 M. In Summa: 213,191,670 M. Die Kommission erklärte sich durch diese Mittheilungen außerordentlich befriedigt. Die Summe ist als ganze Summe bewilligt, eine Bewilligung für die eingelnen Jahre hat nicht stattgefunden. Die Kommission bittet das Haus, ihren Beschlüssen beizutreten und die Summe gleichfalls unverändert anzunehmen. (Bravo!)

Das Haus nimmt den § 1 einstimmig an bis auf die beiden im Hause anwesenden sozialdemokratischen Abgg. Singer und Bebel. Ebenso den § 2. Das Gesetz ist somit in zweiter Lesung genehmigt.

Es folgt die dritte Berathung des von den Abgg. Graf v. Behr-Behrenhoff, Dr v. Bennigsen und v. Helldorff eingebrachten Gesetzentwurfs, betr. die Abänderung des Artikels 24 der Reichsverfassung aufgrund des in zweiter Berathung unverändert angenommenen Antrages (Legislaturperioden-Verlängerungsgesetz).

Abg. Dr Meyer-Jena (nl.): Ich hätte nach der trefflichen Ausführung des Abg. v. Bennigsen, in welcher er den Standpunkt meiner Partei darlegte, nicht nöthig, hier noch das Wort zu nehmen, wenn mich nicht die Rede des Abg. Hänel, welche er bei der zweiten Lesung gehalten, dazu zwänge. M. H.! Die Verfassung hat gewisse fundamentale Paragraphen, an denen man nie rütteln wird, und mehr nebensächlichere, welche zu ändern, dem jedesmaligen Bedürfniß vorbehalten bleibt. (Sehr richtig!) Ein solcher ist der Paragraph über die Dauer der Legislaturperioden. (Sehr richtig!) Ich begreife nicht, m. H., wie die Abgg. Hänel und Genossen behaupten können, daß die Verlängerung der Legislaturperioden etwas zu thun hat mit dem allgemeinen Wahlrecht. Beide stehen in keinem Zusammenhange. Das allgemeine Wahlrecht, m. H., ist naturgemäß, aber es kommt doch darauf an, ob es gut ist, es unter gewissen Verhältnissen zu und so oft auszuüben. Eine 20jährige Erfahrung hat uns nunmehr belehrt, daß die Zeit von 3 Jahren eine zu kurze ist, weil die Parteikämpfe sich viel zu heftig gestalten. Wenn der Abg. Hänel darauf hinwies, daß unsere Partei zu weiteren Einschränkungen die Hand bieten würde, so verweise ich ihn auf die Erklärung des Abg. v. Bennigsen, die gewiß rund und nett besagte, daß wir weitere Einschränkungen nicht wollen. Daß wir das geheime Stimmrecht antasten wollen, ist eine ungerechte Verdächtigung! Ich erinnere daran, wie wir in dem heidelberger Programm ganz entschieden erklärt haben, daß die nationalliberale Partei an dem allgemeinen Stimmrecht unbestimmt festhalte. Auch hat keiner von uns Nationalliberalen je einen auf eine Aenderung bezüglichen Vorschlag gemacht, außer dem Abg. Dr Bamberger, welcher der Partei aber jetzt nicht mehr angehört (Heiterkeit). — Wir sind hier, m. H., nicht viele Berufsparlamentarier, sondern die meisten von uns haben noch andere als politische Geschäfte. Uns ist die Verlängerung der Legislaturperiode willkommen. Auch den Präsenzstand zu verbessern, ist die Vorlage geeignet, die Hauptsache aber ist, daß durch die 5jährige Dauer die Wahlagitation ganz wesentlich vermindert werden wird. Diese hat in Deutschland schon zu starke Dimensionen angenommen. Ich gebe zu, daß bei Auflösungen des Reichstages die Agitation ihren Höhepunkt erreichen wird, aber die Regierung wird nur höchst selten zu diesem Mittel greifen. Wenn der Abg. Hänel uns auf England verweist, so erwidere ich ihm, daß England eine siebenjährige Legislaturperiode hat und daß trotz häufiger Auflösungen dort die 11 Parlamente, welche bis zum Jahre 1886 während der Regierungszeit der Königin Victoria getagt haben, im Durchschnitt über 5 Jahre zusammengewesen sind. (Redner weist dies ziffermäßig nach.) Der Abg. Hänel hat darauf hingewiesen, daß die Legislaturperioden des Reichstages und Landtages dieselben sein müssen; dem kann ich durchaus nicht zustimmen. Auch hat er gesagt, die nationalliberale Partei hätte sich beim Wahlkampfe nicht klar über ihre Stellung zur Länge der Wahlperiode ausgesprochen. Da möchte ich ihn doch auf die Rede meines Freundes Marquardsen verweisen. Wir wünschten, daß dieser Gegenstand in die allgemeine öffentliche Meinung geworfen wird, daß die Wähler sich darüber schlüssig machten, ob eine Verlängerung der Perioden in ihrem eigenen Interesse liege. Wenn die Herren Freisinnigen die Abänderung der Legislaturperioden für eine Verminderung der Volksrechte halten, so können sie den Antrag ablehnen. Wir sind nicht dieser Meinung und befürworten ihn. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Eine Regierung legt viel mehr Gewicht auf eine Volksvertretung, mit der sie eine längere Reihe von Jahren zusammen zu arbeiten hat, als auf eine solche, mit der sie nur kurze Zeit zusammen arbeitet. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Auch in England ist hervorgehoben worden, daß das Oberhaus gestärkt werden müßte durch eine längere Legislaturperiode. Wir sind der Meinung, daß durch eine solche die Macht des Parlaments gestärkt wird. Der Abg. Hänel hat damit geschlossen, daß er zu uns sagte: Sie werden die Verantwortung für diesen Antrag tragen. Nun, m. H., wir werden die Verantwortung für diese Maßregel, welche wir für eine gute und heilsame halten, dem deutschen Volke und unseren Wählern gegenüber zu tragen wissen. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr Bamberger (fr.): Es ist zweifelhaft, daß noch irgend eine Aenderung der Meinung in diesem Punkte bewirkt werden könnte in dritter Lesung, wenn die zweite Lesung eine so überwiegende Mehrheit für den Antrag ergeben hat; daher nur weniges. Das Beste, was an Gründen in dieser Sache vorgebracht worden ist, hat in erster Lesung der Abg. Graf Behr vorgebracht, alles andere beschäftigte sich eigentlich nur mit meiner Person. Zuletzt vor dem Herrn Abg. Meyer hat Herr v. Kardorff nicht nur meine Autorität, sondern auch meinen Charakter angegriffen. Er hat mir Versabilität vorgeworfen; nun, m. H., wenn ich wirklich als solcher Charakter hingestellt zu werden verdiene, was ist dann meine Autorität werth? Ich stehe zwanzig Jahre im Parlament und bin überzeugt, daß ich überall gewissenhaft meine Pflicht gethan und nach meiner Ueberzeugung gehandelt habe. Herr v. Kardorff sagte sogar, ich würde nächstens wohl eine Rede für die Doppelwährung halten; m. H., wenn ich dies thue, dann wird es jedenfalls an der Zeit dazu sein. Er wird dann sagen: Sehen Sie einmal, wie wichtig muß das sein, wenn jetzt der Abg. Bamberger, der früher ein solcher Gegner der Doppelwährung war, jetzt dafür spricht. Er wird aber auch sagen müssen: Wie wichtig muß die Abweisung der fünfjährigen Legislaturperiode sein, wenn der Abgeordnete Bamberger, welcher früher für die fünfjährige Periode war, jetzt dagegen spricht. Ich habe dieselbe früher vertheidigt, als ich noch nicht so erfahren und vertraut mit dem Parlament war. Ich bin weit entfernt davon, etwas, was ich damals gesagt habe, zu verleugnen, aber ich glaube nicht, daß der Recht hat, der sagt, man könne das vorliegende Gesetz ebenso gut eine lex Bamberger wie eine lex Bennigsen nennen. Ich stehe ganz auf dem Standpunkt derer, die den Herrn Abg. Miquel vertheidigen, daß er heute anders stimme als früher; ich verlange nur, daß das, was dem Abg. Miquel recht ist, mir billig sei! Der Herr Abgeordnete ist leider nicht hier; ich will nur sagen, daß, wenn jemals das Sprichwort, daß die Abgeordneten unrecht haben, in sein Gegentheil verkehrt ist, so ist es diesmal geschehen. In Bezug auf den Abg. Douglas bemerke ich, daß die vorliegende Frage dem doch zu sehr herabgedrückt ist, wenn man sie als reine Opportunitätsfrage hinstellt. — Als man in England im Jahre 1714 die dreijährige Legislaturperiode in eine siebenjährige verwandelte, da geschah es zur Stärkung des Parlamentarismus. Man fürchtete nämlich, daß die Jakobitenpartei bei den Wahlen das Heft in die Hand bekommen könnte. Es ist also hier gerade der umgekehrte Fall wie bei uns, wo die Verlängerung nur zu einer Schwächung des Parlaments führen kann. Selbst der Herr v. Bennigsen wird nicht leugnen wollen, daß sich das Ansehen des Reichstages in den letzten 10 Jahren ganz wesentlich verschlechtert hat. Wollen Sie, m. H., es noch weiter herabdrücken? Aber auch die Aussichten des Abg. v. Bennigsen haben sich seitdem geändert, und er kann es niemandem verdenken, wenn diejenigen, welche bei ihrer Meinung geblieben sind, ihn vielleicht für weltklug, aber nicht für konsequent halten. Wenn der Abg. v. Bennigsen behauptet, daß sich nichts seit diesen 10 Jahren geändert habe, so kommt er mir vor wie jener Kurfürst von Hessen, der, als er nach der französischen Invasion zum erstenmale sein Schloß wieder betrat und die Schildwache fragte, ob was vorgefallen, die Antwort erhielt: „Gar nichts, Königl. Hoheit!“ (Heiterkeit.) Ich gebe den Herren zu bedenken, wie taktisch unsere Regierung gegen das Parlament verfährt. Könnte sie einen noch günstigeren Reichstag herausschlagen, so würde sie vor sofortiger Auflösung sicher nicht zurückschrecken. Der Regierung schadet nichts; wenn ein Entwurf von ihr abgewiesen wird, wartet sie einen besseren Zeitpunkt ab und kommt wieder. Schließlich erreicht sie ihr Ziel. Deshalb müssen Sie sich scheuen, ihr eine noch größere Macht den Mitgliedern des Reichstages gegenüber einzuräumen. Dazu ist aber die nationalliberale Partei in bestem Zuge. Herr v. Bennigsen ist es, der die Grenze vorsichtig hat zwischen konservativ und liberal (Widerspruch), und wenn er mich fragt: „Ja, an welcher Stelle denn?“ so kommt mir das vor, als wenn ein Kommandant seine Festung überliefert hat und dann sagt: Weisen Sie mir doch die Stelle nach, wo ich sie schlecht vertheidigt habe. (Heiterkeit.) — Redner setzt noch geraume Zeit sein Polemisiren gegen den Abg. v. Bennigsen fort. An den Ausspruch desselben: „So malt in diesem Kopie sich die Welt“, den dieser bei der ersten Lesung der Vorlage im Bezug auf ihn selbst gethan, knüpft Redner an und sucht jenem verschiedene Widersprüche in seinem parlamentarischen Verhalten nachzuweisen. Da er vielfach sehr weit ausholt, wird Redner schließlich vom Präsidenten ermahnt, wenigstens einigermaßen bei der Sache zu bleiben. (Heiterkeit.) Den Schluß seiner Rede bildet die wehmüthige Klage darüber, wie sehr man ihn verkenne. (Schwacher Beifall links.)

Abg. Stöcker: M. H. Der Abg. Bamberger hat sehr viel von sich selbst geredet. Man hätte dabei nicht denken können, daß es sich um eine so hohe politische Sache handle. Ich glaube, man

---

17]

Judith Fürste.

Roman von Adda Raunhilde.

Autorisirte Uebersetzung

aus dem Dänischen von Mathilde Mann.

(Fortsetzung.)

Dann kam die Hochzeit.

Die jungen Mädchen hatten am Morgen die Kirche geschmückt, so gut wie die spärliche Vegetation der Jahreszeit es gestattete. Sie hatten bei dem Gedanken geseufzt, wann wohl ihre Hochzeit sein würde, sie hatten einander geneckt und eine heimliche Befriedigung in diesen Neckereien gefunden.

Die Trauung nahm ihren Anfang. Der Prediger sprach von der heiligen Bedeutung der Ehe, von der Seelenharmonie, von der himmlischen und irdischen Liebe; er richtete die vorschriftsmäßigen Fragen an das Brautpaar und erhielt das unvermeidliche „Ja“ zur Antwort. Auf dem Orgelchor stimmte der Gesangverein des Städtchens an:

„Hat's Gott denn so beschlossen,
So will ich unverdrossen
An mein Verhängniß gehn.“ —

Die alten Jungfern weinten, die jungen Mädchen bewunderten und beneideten die Braut. Sie war sehr bleich, fast zu sehr, meinte man.

Dann nahm man das Diner beim Prokurator ein, und als endlich der Wagen vorfuhr, überraschte der Gesangverein das Brautpaar durch den mühsam einstudirten Hochzeitschor aus „Figaro's Hochzeit.“

Auf Banner's Zügen spiegelte sich die höchste, wenn auch nicht die angenehmste Ueberraschung ab. Er ertrug jedoch die Marter, dankte dem Verein und befahl, sobald der Anstand es erlaubte, dem Kutscher, zu fahren.

So endete dieser bedeutungsvolle Tag.

* * *

Banner sah ein, daß seine Ehe ihn dem Ziel seiner Wünsche um keinen Schritt näher gebracht hatte; er fühlte das mit einem gemischten Gefühl von Aerger und heimlicher Freude. Hätte sie sich ihm gefügt, würde er ja erreicht haben, was er wollte, und dann wäre sein Interesse an ihr erloschen, seine müde Seele würde sich nach einem neuen Reizmittel umgesehen haben. Nun aber war der Kampf da, dessen seine Natur bedurfte, um nicht zu erschlaffen. Ihr Widerstand schien ihm unüberwindlich, hielt ihn in Athem.

Er dachte schließlich nur noch an sie. Sie ward sein Zeitvertreib, seine Arbeit, seine Lebensaufgabe. Er kam und ging nur mit Rücksicht auf sie, war liebenswürdig, unzugänglich, zuvorkommend, verstimmt oder munter, nur mit dem einen Gedanken, welche Wirkung diese wechselvollen Stimmungen wohl auf sie ausüben würden.

Er gewährte ihr jegliches Vergnügen, das sie nur wünschen konnte, führte sie auf ihrer kurzen Hochzeitsreise an alle die Stätten, die einmal den stärksten Eindruck auf ihn ausgeübt hatten. Er versuchte die Wirkung der pariser Kunstsammlungen und Zerstreuungen, wie die Naturschönheiten der Schweiz — sie blieb aber bei alledem kalt und unberührt. Sie wußte selber nicht, woher das kam, aber in seiner Nähe war es ihr ganz unmöglich, ihren Gefühlen Luft zu machen, sich bewegt oder begeistert zu zeigen. Und obwohl ihre kühnsten Hoffnungen und Wünsche in Erfüllung gegangen waren, fühlte sie sich doch enttäuscht. Denn das, wonach sie sich so recht eigentlich sehnte, das, was die Oede ihrer Seele ausfüllen, ihre Gedanken in Anspruch nehmen, ihrem Leben Werth verleihen konnte, das fand sie nirgends.

Es reizte Banner, ein Blasirtheit zu finden, die sich mit der seinen messen konnte, es ärgerte ihn, er wollte sie bezwingen, wollte neues Leben und Wärme, ja Liebe in ihrem Herzen erwecken. Aber er hatte kein Glück damit, und dabei verwickelte er sich selber von Tag zu Tag mehr in das Netz unbefriedigter Wünsche, in das ihre Kälte ihn eingefangen.

Sie hatte, wie er selber früher einmal behauptete, den einzigen Weg gefunden, durch den sein Interesse noch zu erwecken war, und sie folgte diesem Wege lange, ohne eine Ahnung zu haben, welche Macht sie dadurch über ihn erlangte.

Ihre Hochzeitsreise hatte nur einen Monat gewährt, sie machten aber in demselben Jahre noch mehrere kleinere Ausflüge. Sie reisten und kehrten heim — stets aber mit demselben Resultat. Es entwickelte sich allmälig ein stiller Krieg zwischen ihnen, derselbe schien nie enden zu wollen und wäre auch vielleicht niemals zum offenen Ausbruch gekommen, wenn nicht ein Zufall die Kriegserklärung herbeigeführt hätte.

Es war ein halbes Jahr nach ihrer Vermählung.

Nach dem Frühstück war Judith etwas eingefallen, was sie mit der Wirthschafterin besprechen wollte. Als sie den Korridor hinab zur Küche ging, kam sie an dem Anrichtezimmer vorüber. Die Thür war nur angelehnt, das Stubenmädchen spülte Gläser, der Diener, welcher Banner früher auf seinen Reisen ins Ausland begleitet hatte, unterhielt sie mit dem Berichte irgend eines galanten Abenteuers, das Banner in Paris erlebt hatte.

Judith kehrte ins Wohnzimmer zurück, ließ den Diener rufen und gab ihm ohne jegliche weitere Erklärung seinen Laufpaß.

Nach am selben Vormittag beklagte sich der arme Diener bei seinem Herrn und bat um Aufklärung.

Banner hatte eigentlich keine Lust, sich in die Sache zu mischen; aber es interessirte ihn doch, den Grund zu der eigenmächtigen Handlung seiner Gattin zu erfahren.

Als er deswegen nach der Mahlzeit vom Tische aufstand, sagte er leichthin: „Apropos, du hast Fritz gekündigt, was veranlaßte dich dazu?“

„Der Grund der Kündigung ist, daß ich heute morgen Ohrenzeuge einer Schilderung war, die er dem Hausmädchen von deinem Leben im Auslande machte. Wenn derlei Sachen hier überall im Hause erzählt werden sollen, bist du doch wohl, meiner Ansicht nach, der Nächste dazu, das zu besorgen.“

Banner stieg alles Blut zu Kopf; er fühlte den Hohn heraus, der in ihren Worten lag, und wußte nicht gleich, was er darauf antworten sollte; aber schon im nächsten Augenblick veränderte sich sein Ausdruck, ein Gedanke schien ihm durch den Kopf zu jagen, und in ungewöhnlich munterem Tone fragte er:

„Du bist wohl gar eifersüchtig auf meine Vergangenheit?“

„Ich soll eifersüchtig sein? Nein, die Versicherung kann ich dir geben, ich habe keine Ahnung davon, was Eifersucht ist.“

„Alle Frauen wissen das, sie mögen es nun zugestehen oder nicht.“

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18880211024/fragment/page=0001

hat im Reichstage nicht das Recht, in dieser Weise verächtlich über einen Antrag zu sprechen, auf dessen Seite man früher länger gestanden hat. Das hat man ihm übel genommen. Er hatte dann auch zur Sache gesprochen und besonders die Entwickelung der englischen Verhältnisse historisch richtig auseinandergesetzt. M. H.! In andern Ländern gilt die Verlängerung nur für eine einfache praktische Maßregel, die Gesichtspunkte, die hier vorgebracht worden sind, hat dort niemand angeführt. Daß so viele Männer in den verschiedensten Parteien in der Sache geschwankt haben, zeigt doch offenbar, daß es sich durchaus um keine prinzipielle Angelegenheit handelt, sondern um etwas, das man so oder so ansehen kann. Auf das, was er sonst noch gesagt, es gälte gegen die Reaktion Front zu machen, erwidere ich ihm: Was Herr Bamberger Reaktion nennt, ist nach unserem Begriff nichts anderes als ein Suchen nach der richtigen Grundlage der Volkswohlfahrt des Deutschen Reiches! Ich muß dem Vorredner ferner vorwerfen, daß er die Kritik des Auslandes herangezogen hat und dabei sogar von „Verachtung" gesprochen hat, was er allerdings im stenographischen Bericht in „vernichtendes Urtheil" umgewandelt hat. (Abg. Bamberger ruft: Das ist nicht der Fall, ich habe nicht korrigirt!) M. H.! Ich glaube, es ist noch nicht hervorgehoben worden, daß unser deutsches Vaterland nach manchen Richtungen hin unter einer verwüstenden Agitation viel mehr als alle anderen Länder zu leiden hat. Bei uns sind zumeist die politischen Gegensätze sehr stark, hierzu kommt der scharfe konfessionelle Gegensatz, der — wie ich zu meinem Bedauern sagen muß — nicht in Verminderung begriffen ist. Ferner sitzt unserem Volk der soziale Gegensatz tief im Blute, und wir finden nirgends mehr revolutionären Sozialismus als bei uns. Und schließlich haben wir mit nationalen und antinationalen Tendenzen zu kämpfen. M. H.! Wenn diese vier Spaltungen möglichst oft das Recht gewinnen, sich voll und ganz auszuleben — man denke nur an die berliner Wahlkämpfe — so kann ich nicht annehmen, daß dies unserem Volke zum Segen dient. Aufgabe einer weisen Staatskunst ist es vielmehr, dafür zu sorgen, daß dies möglichst selten geschieht, vorausgesetzt, daß es sich mit dem Rechte des Volkes verträgt. M. H.! Der Freisinn ist eine Partei, die ihre verschwindende Herrlichkeit nur kümmerlich durch Agitation aufrecht erhalten kann. Auch die Sozialdemokratie ist eine im höchsten Maße agitatorische Partei, die es mit Freuden begrüßt, wenn recht oft gewählt wird. Wir hätten überhaupt viel mehr Ruhe, wenn der Reichstag und der Landtag abwechselnd tagten. Dieser, von Herrn Windthorst früher gestellte Antrag wird vielleicht später einmal wieder aufgenommen werden (links Rufe: Nein!) Wir fürchten uns nicht davor, alle 3 Jahre an das Volk zu treten. Hätte ich meine Partei nur im Auge, so würde ich sogar sagen: Je öfter, je besser! Aber zum Wohle des Volkes muß eine längere Ruhe, ein Abnehmen der aufregenden Agitation eintreten. (Sehr richtig! rechts.) Unerfindlich ist mir, wie man behaupten kann, daß das Volk durch die Wahlen politisch gebildet werde. Ja, wenn das alles ordnungsmäßig und ruhig zuginge — aber, wenn sich die Massen in einer Weise bekämpfen, die fieberhaft genannt werden muß, wenn keine sittlichen Momente mehr vorhanden sind, sondern man nur darauf bedacht ist, den Gegner zu schlagen und mundtodt zu machen, soll daraus das Volk Politik lernen? (Sehr richtig!) Die Wahlagitation ist bei uns zur politischen Brunnenvergiftung geworden. Vor mir liegt eine Reihe Flugblätter aus, in welche Sie später Einsicht nehmen können, von der Wahl 1887. Ich habe mich mit Flugblättern damals nicht betheiligt. Sie sehen daraus, zu welchen Mitteln man greift. Hier ist z. B. eine Stelle, in welcher es heißt, daß man den Teufel des Krieges wegen elender Parteiinteressen an die Wand male. (Sehr richtig! links.) Nun, Sie (zu den Deutschfreisinnigen) beweisen gerade durch Ihren Zuruf, daß Sie mit solchen schamlosen Dingen einverstanden sind. In einem anderen Flugblatt wird von Kriegsgerüchten gesprochen, die in frevoler Weise erfunden wären. (Sehr wahr! links, heftiger Widerspruch rechts.) Das Verhalten der deutschfreisinnigen Partei ist angesichts der Enthüllungen, welche Fürst Bismarck am Montage hier im Reichstage gemacht hat, doppelt charakteristisch! (Sehr richtig! rechts und Beifall.) Da muß ja jedes Vertrauen zur Regierung schwinden. M. H., die Wahlagitation mit den Mitteln, wie ich sie eben aus den fortschrittlichen Flugblättern verlesen habe, macht Ekel (Murren links) (zu den Freisinnigen gewandt), ja, sie macht Ekel! Sehen Sie sich dies (auf ein Flugblatt in seiner Hand weisend) nur später an! Es kann dem Volke nichts daran liegen, häufiger eine Agitation durchzumachen als nöthig. Wir wissen, daß der Buchstabe in solchen Urkunden, wie die Verfassung, ein heiliges Monument ist für die Geschichte der Nation, aber es steht doch nicht so, daß an einer solchen Verfassung nicht geändert werden könne. Das Geschrei, daß man die Volksrechte einschränken wolle, welches keine Spur von Logik in sich trägt, wird auch von seiten der Freisinnigen endlich verstummen. Unser Volk scheint sich gar nicht vor solchen Aenderungen. Fragen Sie z. B. die deutsche Jugend, ob es ihr gleichgiltig wäre, wenn man das Wahlalter bis auf 30 Jahre zurückstellte. Die Jugend würde sagen, daran liegt uns nichts. Im Volke ist der reaktionäre Sinn, welchen der Abg. Bamberger beklagt, vorhanden, nicht als ob dasselbe in das Mittelalter zurückehren wollte, aber eine gesunde Reaktion anderer Art in unserem Volksleben wird in weiten Schichten des Volkes gebilligt, und ich scheue mich gar nicht, die Verlängerung der Legislaturperiode vor jeder berliner Volksversammlung zu vertheidigen, in der ich spreche. Ich werde letzteres morgen wieder thun, bitte, besuchen Sie uns, dann werden Sie Eindruck sehen. (Bravo und Heiterkeit.) Wenn Herr Windthorst sagte, daß wir dunkle Pläne bei dem Antrag auf Verlängerung der Legislaturperiode verfolgten, so sind dies Erfindungen seiner Phantasie. Wenn dann Herr Rickert bedauert, daß der Sozialdemokratie bei den Wahlen die Gelegenheit der Agitation genommen, und damit die Volksmacht vermindert wird, so muß ich sagen: Alle Ehre für Herrn Rickerts Offenheit und Wahrheit! Daß aber dem Fortschritt daran nicht sehr viel liegen kome, wenn die Sozialdemokratie ihm sein Sündenregister vorhält, das liegt zu sehr auf der Hand, als daß man es glauben könnte. Fortschritt und Sozialdemokratie führen vor den Augen des Publikums aber hin und wieder einen Scheinkampf aus, wie es z. B. in einem Wahlflugblatt in Bezug auf Herrn Christensen geschehen ist; ich weiß nicht, wie dies sich dann damit verträgt, eine solche Partei coram publico und im Parlament zu schützen, wie die Freisinnigen es mit den Sozialdemokraten thun. M. H.! Wie kann jemand, der der Wahlagitation klar ins Auge sieht, behaupten, daß sie geeignet ist, politische Bildung zu vertreten? (Sehr richtig! rechts.) Es giebt eine Bildung, bei welcher man den Verstand verliert, es giebt auch eine politische Bildung, bei welcher man untergeht, wenn man sich hinein vertieft; aber diese dürfen Sie uns nicht vorhalten, dagegen lassen Sie uns Mittel suchen, aber nicht Verdächtigungen, welche in der Sachlage nicht den geringsten Grund haben (Bravo rechts). Wenn Herr Richter gemeint hat, daß die Verhetzungen gesteigert worden sind, daß gethan wird, als ob die Nationalliberalen und Konservativen den Patriotismus allein gepachtet hätten, so kann ich nur sagen, m. H., es wird doch überall mit Wasser gekocht. (Heiterkeit.) Liefern Sie uns ein Flugblatt aus der Agitation, wo derartiges steht. (Sehr richtig! rechts. Lärm links.) Mit Redensarten kommen Sie uns nicht schlagen. (Sehr richtig! rechts.) — Wir haben nach jeder Wahl erfahren, daß Leute, welche konservativ gewählt hatten, von den Freisinnigen außer Brot gesetzt wurden. M. H., Zugelachen sprechen, nicht Ihre Phrasen! (Sehr richtig! rechts.) Der Reichstag möge entschuldigen, wenn ich auch ein Wort von meiner Person rede. Herr Richter hat Herrn v. Bennigsen angegriffen, weil er seine Unterschrift zu einer Angelegenheit der Stadtmission gegeben habe. Er hat gesagt, daß er dies den Nationalliberalen nicht zugetraut hätte und hat ein thörichtes Wort wiederholt. (Präsident v. Wedell-Piesdorf: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß der Abgeordnete eben gesagt hat, Herr Richter habe ein thörichtes Wort wiederholt. Dieser Ausdruck ist unzulässig.) Ich habe das Thörichte nur wiederholt, was außerhalb des Hauses gesprochen wurde, nämlich, „daß Herr v. Bennigsen, mit jenem Namen die Stadtmission decken wolle." Für die Stadtmission sind wir, die wir in näherer Beziehung und Leitung dazu stehen, selbst verantwortlich und uns des Mannes genug! Meine Herren, ich weiß nicht, ob Sie genau kennen, was für ein Elend darin liegt, daß bei uns politische und kirchliche Parteirichtung sich decken. Diesen verderblichen Zustand zu enden, halte ich für die größte Aufgabe unserer inneren Politik. Erst wenn die Religion als Gemeinsames aller Parteien diese mit einander in nähere Verbindung bringt und die Herzen in Versöhnung hält, erst dann wird unter gütiges politisches Parteitreiben besseren Zuständen weichen. (Bravo!) Dies wollte ich gern anführen, und Sie werden entschuldigen, wenn ich dabei persönlich auf mich kommen mußte. Im übrigen werden Sie aus meiner Rede schon gehört haben, daß ich für die Verlängerung der Legislaturperiode bin und daß ich für den Antrag stimme! (Heiterkeit und Bravo! rechts.)

Abg. Dr Windthorst (Centr.): Es wäre mir lieb, wenn der Herr Abgeordnete Stöcker die guten Grundsätze, welche er uns soeben entwickelt hat, vorher bethätigt hätte. (Sehr richtig!) Es wäre besser, daß Sie uns helfen würden, die gereizte Stimmung im Volke zu beseitigen. Hätte ich heute, wie der Abg. Stöcker, die Absicht gehabt, zu sprechen, so hätte ich mir meine Kollektion von Flugblättern gleichfalls mitgebracht. (Sehr richtig! Heiterkeit.) Ich begreife nicht, wie der genannte Herr so über die Agitation herziehen kann, da er doch selbst ein ganz hübsches Maß von Agitation gewohnt ist. (Heiterkeit.) Jedenfalls hat man es uns gegenüber in den Flugblättern an persönlicher Verleumdung nicht fehlen lassen. Wenn der Abg. Stöcker bestreitet, daß die politische Einsicht des Volkes durch die Wahlen nicht vermehrt wird, so frage ich ihn, wie er das mit der Thatsache vereinbaren will, daß die Kartellparteien so verstärkt aus der Wahl hervorgegangen sind? (Heiterkeit.) Ich hatte trotzdem die Wahlen für ein erfolgreiches Mittel, das politische Interesse und die politische Einsicht des Volkes zu stärken. Das hat doch auch sicherlich die Regierung geglaubt, als sie den Reichstag auflöste, daß sie das Volk politisch reifer machen werde! (Große Heiterkeit.) Die schlimmsten Agitationen sind aber immer dann eingetreten, wenn die Regierung aufgelöst hat. Will der Abg. Stöcker seine Ansicht konsequent durchführen, so muß er die Parlamente abschaffen und die absolute Monarchie wieder einführen, dann hat er absolut Ruhe. Ja, wenn wir alle vollkommene Menschen wären, Monarchen und Regierte, dann wäre die absolute Monarchie ja ganz gut! M. H.! Unter Friedrich Wilhelm III. wären die Bewilligungen nicht gemacht worden, die man jetzt gemacht hat. Sollen die Ausführungen des Abg. Stöcker überhaupt einen Sinn haben, so führen sie eben zur absoluten Monarchie. — Und dann, glauben Sie denn wirklich, daß durch eine fünfjährige Periode die Agitation beschränkt werden wird? Sicher nein — sie wird an Intensität zunehmen! Unzweifelhaft ist, wenn das Gerücht des Kampfes vorüber ist, werden Sie immer einen sehr durchdachten und festen Niederschlag haben. Das Volk zieht also politisch aus dem Wahlkampf Nutzen. Dadurch, daß Herr Stöcker sich einverstanden erklärt, wenn man erst mit 30 Jahren wahlfähig würde, hat er einen sehr deutlichen Fingerzeig gegeben, was diese Herren von der Rechten erstreben. Das hat ihm aber der Abg. v. Bennigsen ebenso wie die zweijährige Budgetperiode abgeschlagen, und ohne ihn können Sie nichts machen! (Heiterkeit.) Wir selbst werden Ihnen diese Erklärungen des Herrn Abg. v. Bennigsen schon zur Zeit unter die Augen rücken. Herr v. Kardorff hat sich in seiner Rede mit meiner Partei beschäftigt und hat gemeint, daß gewisse Spaltungen beständen. Nun, wir sind bei uns überhaupt keine Verpflichtung eingegangen, in diesen oder jenen Fragen so oder so stimmen zu müssen. Unser Statut sagt: „Die Centrumsfraktion ist eine Vereinigung von Männern, welche sich zu verständigen suchen." Verständigen sie sich nicht, so stimmt jeder nach seiner Anschauung. Das, Herr v. Kardorff, ist es, was die Centrumspartei so fest zusammenhält, weil keine bindenden Verpflichtungen bestehen, die in Bezug auf die Abstimmung dem Einen oder dem Andern unbequem werden könnten. Was meinen Einfluß in der Fraktion anlangt, den Herr v. Kardorff als abnehmend hinstellte, so betone ich, daß ich niemals einen andern Einfluß besessen habe, als in der Partei meine Meinung frei erklären zu dürfen. Findet sie Anklang, so acceptirt man sie, gefällt sie nicht, so richtet man sich nicht danach. Einen andern Einfluß habe ich nie gehabt, und so wird es bleiben, trotz aller Meinungen des Abg. v. Kardorff. — Wie man die englischen Verhältnisse auf den vorliegenden Antrag anwenden kann, ist mir unerfindlich; da müßten doch alle übrigen Verhältnisse analog sein. (Sehr richtig!) Den Herren von der Rechten gefällt ja vorläufig noch alles, was die Regierung thut, ob es aber immer so bleiben wird, will ich dahingestellt sein lassen. (Widerspruch rechts.) Uns gefällt nicht alles, was die Regierung vorschlägt, aber ich meine, daß wir kein Mittel haben, solche Maßregeln zu hindern. Wenn wir nun gar noch eine fünfjährige Legislaturperiode einführen, so fürchte ich sehr, daß dann eine Reihe von Maßregeln durchgeführt wird, welche dem Volke nicht gefallen. (Sehr richtig! im Centrum.) Wir müssen deshalb dem Volke zum allermindesten das Recht lassen, alle drei Jahre die Wahl, welche es getroffen, korrigiren zu können, wenn es einsieht, daß diese seinen Wünschen nicht entsprochen hat. (Beifall im Centrum.)

Hierauf wird die Generaldiskussion geschlossen.

Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Abg. Frhr. v. Unruhe-Bomst (Reichsp.): In meiner Eigenschaft als zweiter Vice-Präsident habe ich darauf zu halten, daß wichtige Ausdrücke einer Rede, durch deren Auslassung oder Veränderung spätere Debatten unverständlich werden können, aus dem Stenogramm nicht herauskorrigirt werden. Ich habe daher folgendes feststellen müssen. M. H. Es ist kein Zweifel, daß Abg. Bamberger den Ausdruck „Verachtung" — wie Abg. Stöcker behauptet — gebraucht hat (hört, hört!), wie aus der betreffenden Stelle im amtlichen Stenogramm hervorgeht, denn daß die Stenographen sich verhört haben, ist nicht anzunehmen. Der Setzer hat nur beim Satz den Ausdruck „verachtendes" in „vernichtendes Urtheil" umgewandelt. Dieser Satz hat dem Abg. Bamberger vorgelegen und dieser hat nicht Veranlassung genommen, den Ausdruck zu korrigiren, (Hört! Hört!) M. H! Ich werde beim Präsidenten den Antrag stellen, daß der Abg. Bamberger ersucht wird — wie alle anderen — die wirklichen Stenogramme zu korrigiren, damit etwas Aehnliches (das zu unangenehmen Vorwürfen Veranlassung geben kann) nicht wieder vorkomme. (Beifall.)

Abg. Böckel (Antisemit): Ich nehme nur das Wort, um zu konstatiren, daß ich auch heute nicht zum Worte gekommen bin, um meine ablehnende Haltung diesem die Volksrechte beschränkenden Antrage gegenüber klar zu legen.

Abg. Stöcker: Dem Abgeordneten Windthorst gegenüber bemerke ich, daß ich in dem Geisteskampfe manches Wort gegen die katholische Kirche rede und reden muß, daß ich aber jede Gelegenheit zum Frieden wahrnehme. Die Schuld des Streites ist nicht auf unserer Seite! (Beifall rechts.) Wenn ich ein Anhänger des Absolutismus genannt werde, so kann die Konstitution ebenso gut bestehen bei kurzen wie bei langen Legislaturperioden, ebenso wie ein Parteiführer die Mitglieder drei oder fünfmal in einer Periode berufen kann.

Abg. Dr v. Bennigsen: Wenn Hr. Bamberger den Vorwurf des Pessimismus zurückweist, so hoffe ich auf seine Unterstützung bei der Bekämpfung dieses Pessimismus in Deutschland. Was das Ansehen unseres Parlaments betrifft, so habe ich in meiner Rede geradezu begründet, daß das Ansehen des Reichstages von 1877 bis 1887 nach oben und nach unten gesunken ist und zwar hauptsächlich durch die schändlichen Auswüchse der Wahlbewegung, welche ich durch den vorliegenden Antrag verringern wollte.

Abg. Dr Bamberger: Hr. v. Unruhe hat um seine Erklärung so viele Baumwolle gewickelt, daß es schwer war, die Wahrheit herauszuschälen (Widerspruch rechts), aber konstatirt hat er doch, daß ich im Stenogramm nichts korrigirt habe (Oho! rechts. Ruf: „Aber gesagt haben Sie's doch!"), daß also die Behauptung des Hrn. Stöcker falsch war. (Große Unruhe und Widerspruch rechts.) Es war einfach ein Druckfehler; von meiner Seite ist dazu nichts geschehen. Hr. v. Unruhe hat mich durch sein Verfahren, nämlich dadurch, daß er die Stenographen ermahnt hat, aufzupassen, ob ich keine Korrektur im Stenogramm vornehmen würde, — gewissermaßen unter Polizeiaufsicht gestellt, gerade als ob ich gewohnheitsmäßig Korrekturen machte. Ich bin über eine so verletzende Aeußerung gerade vom Hrn. Abg. v. Unruhe erstaunt. Hr. Stöcker hat seine Aeußerung nicht dem offiziellen Bericht, sondern der National-Zeitung entnommen, die ihm ja jetzt nahe zu stehen scheint. Also auf eine so wenig zuverlässige Quelle stützte er seine Behauptung.

Abg. Stöcker: Ich gebe ja zu, daß Hr. Bamberger im Manuskript nichts geändert hat. Das Ganze scheint mir eine Silbenstecherei zu sein. (Beifall rechts.) Im Manuskript steht doch „verachtend", nicht „vernichtend", also korrigirt ist doch der Ausdruck, — vielleicht vom Setzer!

Abg. Frhr. v. Unruhe-Bomst: Hr. Bamberger hat meinen Aeußerungen eine Auslegung gegeben, die ich nicht ruhig hinnehmen kann. Ich habe speziell in diesem Falle im Einverständniß mit dem Präsidium gehandelt. Ich fühle mich durch den Ausdruck von „Polizeiaufsicht" allerdings nicht beleidigt, denn ich bin außer dem Hause ja Polizeibrauner. (Heiterkeit.) Ich habe ausdrücklich entschuldigend für Hrn. Bamberger erklärt, daß der Setzer wohl den Fehler gemacht habe, das war doch wohl etwas „Baumwolle" für Hrn. Bamberger! (Heiterkeit.)

Abg. Bamberger: Polizeiaufsicht zu üben, ist nicht schlimm, wohl aber unter Polizeiaufsicht zu stehen.

In der Spezialdiskussion nimmt das Wort zu § 1

Abg. Haenel (dkr.): M. H.! Der Hr. Abg. Stöcker hat einen Rahmen für seine Ausführungen in Anspruch nehmen dürfen, wie kein anderer . . .

Präsident v. Wedell-Piesdorf: Herr Abgeordneter Hänel, Sie sagten soeben, daß ich dem Abgeordneten Stöcker einen Rahmen für seine Ausführungen bewilligt hätte, wie keinem anderen der Herren Redner; ich erblicke darin eine Kritik meiner Geschäftsführung; eine solche ist unzulässig!

Abg. Dr Hänel: Das mag unzulässig sein, aber ich muß auf dem, was ich gesagt habe, bestehen. (Große Unruhe im Hause. Der Präsident unterbricht den Redner nochmals mit den Worten): Ich bitte den Herrn Abgeordneten, sich jeder Kritik meiner Geschäftsordnung zu enthalten! (Lebhafter Beifall.)

(Abg. Hänel fährt fort): Ich werde Ihrer Anweisung nach

„Eifersüchtig sind nur die thörichten Frauen, die kein Selbstgefühl haben. Eine Frau sollte doch so viel Stolz besitzen, daß es sie nicht schmerzt, wenn man sie verschmäht."

„Dann giebt es viele thörichte Frauen."

„Das ist möglich, aber dann leben sie doch wenigstens den Mann, auf den sie eifersüchtig sind."

Er wußte, daß sie ihn nicht liebte. Sie hatte in dieser Beziehung niemals Illusionen bei ihm erweckt, und doch schmerzten ihn ihre rücksichtslosen Worte unbeschreiblich. Er stand halb abgewandt von ihr am Fenster und fing an, leise mit den Fingern auf die Fensterscheiben zu trommeln. Dies Geräusch bildete die Begleitung zu dem nun folgenden Gespräch, in welchem die Worte gedämpft, fast sanft fielen, obwohl sie beide vor innerer Erregung zitterten.

„Willst du damit sagen, daß es Frauen giebt, die sich verheirathen, ohne eine Spur von Neigung für den Mann zu empfinden, mit dem sie sich vermählen?"

„Ja, das geschieht, glaube ich, häufiger als man ahnt."

„Die Frauen verdienen aber nicht, geachtet zu werden."

„Es freut mich zu hören, daß es überhaupt noch Frauen giebt, die du deiner Achtung würdigst.

„Ach ja, vor Einzelnen habe ich noch Achtung. Aber meiner Ansicht nach ist eine Frau zehnmal mehr strafbar, die sich um weltlichen Vortheils willen mit einem Manne vermählt, den sie nicht liebt, wenngleich auch Staat und Kirche ihren Segen dazu geben — als die Frau, die sich ohne Ueberlegung und ohne sich um das Urtheil der Welt zu kümmern, aus Liebe hingiebt."

„Darin magst du recht haben. Leider giebt es aber etwas, das heißt: „Du mußt leben!" Darauf berufen sich alle, obwohl sie vielleicht besser thäten, es zu unterlassen. Eine Frau muß aber auch leben, und von Kind auf wird sie dazu erzogen, die Ehe als ihren Beruf zu betrachten; ist sie denn da etwa so schuldig?"

„Sie kann ja einen Mann heirathen, den sie liebt."

„Und wenn nun eine Frau nicht liebt, wenn sie aber nicht imstande ist, sich selber zu ernähren, und wenn ihr dann ein Mann anbietet, sie zu versorgen, unter der Bedingung, daß sie ihn heirathet — was dann? Soll sie dann doch die bittere Noth, die bitteren Demüthigungen wählen? Sie braucht sich ja nur umzusehen — unter allen Ehen, die sie kennt, findet sie wohl selten eine, die im Himmel geschlossen ward — ist es denn da so verwerflich, wenn sie zu sich selber sagt: „Die Kirche verbietet es nicht, die Welt verurtheilt es nicht — weswegen soll ich es denn nicht thun?" Und wenn sie dann der Versuchung unterliegt, wer ist da im Grunde mehr zu tadeln, der Mann, der Vortheil aus ihrer hilflosen Stellung zieht, oder sie selber?"

Judith hatte ruhig und langsam gesprochen, er fühlte, daß jedes Wort wohl überlegt und auf ihn wie auf ihr gegenseitiges Verhältniß gemünzt war.

Er verließ das Zimmer mit einem Achselzucken, aber im stillen freute er sich fast, daß es zu einem Bruche zwischen ihnen gekommen war, daß dieser drückende Zustand vorbei und der Krieg endlich erklärt war. Er sah ein, daß sein Gegner ihm ebenbürtig war, und der blasirte Mann versprach sich eine Abwechselung von diesem Kampf der bis aufs Messer geführt werden und nicht eher enden würde, ehe eine der Parteien unterlag.

Durch die Wahl seiner Waffe zwang er sie, sich der selben zu bedienen, und seine Waffe war Hohn. Ein zweischneidiges Schwert, das eben so oft den verwundet, der dasselbe führt, wie es den Gegner trifft, eine ermüdende, schwer zu führende Waffe, denn derjenige, welcher sich derselben bedient, darf nie ruhen, muß stets auf einen Ausfall bedacht sein, um dem Gegner zuvorzukommen — eine Waffe, die nervös macht, athemraubend und angreifend wirkt und doch nicht imstande ist, die Sehnsucht nach Ruhe zu unterdrücken, nach einer Ruhe, die man sich niemals gönnen darf.

Das war die Waffe, die Banner seiner Frau aufdrang, und sie ward dadurch nur noch härter und kälter als bisher. Sie gewöhnte sich an den spöttischen Ton und fand eine gewisse Befriedigung in demselben. Sie lernten bald ihre gegenseitigen Schwächen kennen und verfolgten dieselben auf das Unbarmherzigste. Der eine spornte den anderen an; ihr Spott erstreckte sich auch auf ihre Mitmenschen, sie suchten nach den schwachen Seiten derselben und machten sich darüber lustig, oft nur durch einen Blick, durch ein verständnißvolles Lächeln, das sie einander zuwarfen.

Aber oft war den beiden zu Muthe, als lägen sie auf der Marterbank, sie schmachteten nach Ruhe, nach etwas Milde und Nachsicht, um dieselbe wie einen Mantel der Liebe über die Gebrechen der Menschheit zu breiten.

(Forts. folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18880211024/fragment/page=0002

kommen und will mich fernerhin über diese Frage nicht mehr äußern. Der Abgeordnete Stöcker hat den Charakter unserer Agitation geschildert und zugleich den Segen, den ein größerer Friede bringen würde. Die Stöckerische Agitation übertrifft aber alles, was er uns vorgeworfen hat. Wenn es jemand giebt, der gegen das, was er hier gepredigt, gesündigt hat, dann ist es der Abgeordnete Stöcker. (Sehr richtig! links.) Nur er verknüpft das Christenthum mit einer spezifischen Parteirichtung, außer ihm niemand. Ich habe keine Lust, die gegen uns vorgebrachten Verdächtigungen des Herrn Abgeordneten Stöcker zu widerlegen. Mit demselben Athemzuge, mit dem Herr Stöcker die Verdächtigungen der Partei zu mildern bittet, verdächtigt er in der unerhörtesten Weise (rechts wird wiederholt gerufen: Zur Sache, Spezial-Diskussion). Niemand war so wenig berechtigt wie der Abgeordnete Stöcker, zur Friedfertigkeit zu ermahnen, niemand so wenig am Platze, irgend einer Partei Vorwürfe über Agitation zu machen. (Die weiteren Ausführungen des Redners sind wegen der Theilnahmlosigkeit und Unruhe im Hause und auf der Tribüne nicht voll verständlich.) Er wendet sich noch gegen den Abgeordneten Meyer-Jena, der es sehr auf die leichte Schulter nehme, daß die Verfassung geändert werde. Das möge man sich doch sehr überlegen!

Hierauf wird die Diskussion über § 1 geschlossen und deshalb nach einer kurzen persönlichen Bemerkung des Abg. Meyer-Jena, die sich gegen die letzten Auslassungen des Vorredners richtet, mit großer Majorität angenommen. Desgleichen der § 2. Das ganze Gesetz ist somit in 3. Lesung genehmigt.

Das Haus vertagt sich nunmehr auf den Vorschlag seines Präsidenten bis Freitag 1 Uhr.

Tagesordnung: 1. Dritte Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Militärianleihe. 2. Erste Berathung eines Gesetzes, betreffend den Schutz von Vögeln. 3. Wahlprüfungen.

Schluß gegen 5 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

15. Sitzung vom 9. Febr. 1888.

12 Uhr. Am Ministertische: Dr Friedberg u. a.

Eingegangen: Antrag des Abg. Hansen wegen Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur Ermäßigung des Stempels für Veräußerungsverträge sowie für Pacht- und Miethsverträge über Immobilien.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beruft sich

Abg. Rickert dafür, daß er gestern die Rede des Abg. Dr Grimm richtig angeführt habe, auf den stenographischen Bericht der „Kreuzzeitung" vom Oktober 1885, Nr. 237 und 239. Der Schluß jener Rede hat gelautet: „Hannover für die konservative Sache gewonnen, heißt nichts Anderes, als daß wir eine konservative Mehrheit geschaffen haben. Geben Sie uns eine konservative Mehrheit, dann brauchen wir nicht nach rechts und links zu sehen. Dann werden wir der Welt zeigen, was ein preußisches konservatives Abgeordnetenhaus zu thun imstande ist." Das decke sich dem Sinne nach vollständig mit dem, was er gestern angeführt habe.

Zur ersten Berathung steht zunächst der Antrag der Abgg. Dr Kropatscheck und v. Schenckendorff auf Annahme eines Gesetzentwurfes, betr. das Diensteinkommen und die Pension der Lehrer an den öffentlichen, nicht staatlichen höheren Lehranstalten.

Nach dem Antrage sollen die Lehrer an nichtstaatlichen Anstalten mit denen an Staatsanstalten gleichgestellt werden, eventuell durch Gewährung einer Beihilfe seitens des Staates.

Abg. Dr Kropatscheck (kons.): Unser Antrag ist bereits hier im Plenum und in der Kommission ausführlich behandelt und auch in dritter Lesung angenommen worden, dann aber im Herrenhause gefallen. Man hat nun gemeint, daß eine Wiedereinbringung des Antrages unnöthig sei, da die kommunalen höheren Schulen immer zahlreicher vom Staate übernommen würden. Indeß halte ich das Uebergehen sämmtlicher kommunalen höheren Schulen auf den Staat nicht für wünschenswerth, da dadurch ein alter historischer Prozeß unterbrochen werden würde. Mein Antrag würde diese Verstaatlichung aufhalten. Besonders aber forderte die günstige jetzige Finanzlage des Staates zur erneuten Einbringung des Antrags auf, da nunmehr der Hauptein wand gegen denselben hinfällig geworden ist. Eine Kommissionsberathung des Antrags wäre kaum nöthig, da das Haus ihn schon eingehend behandelt hat; doch zeigt der jetzige Antrag einige Abänderungen gegenüber dem früheren. Ich beantrage daher die Verweisung des Antrags an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Dr Brüel (Wesfe) erklärt sich gegen den Antrag, da er von demselben eine Beeinträchtigung des Rechtes der Kommunen befürchtet. Die Freiheit der Kommunen in Bezug auf ihre höheren Schulen sei schon eingeschränkt genug und dürfe nicht noch weiter eingeschränkt werden. Der Antrag wolle den Kommunen die Innehaltung eines vom Staat aufgestellten Normaletats auferlegen, ohne den Staat zu einem Zuschuß zu verpflichten. Auch in seinen Einzelbestimmungen enthalte der Antrag viel Bedenkliches. Es sei daher das Richtige, wenn man eine Vorlage von seiten der Regierung abwarte.

Abg. v. Oertzen-Jüterbog (freik.) hält die Gleichstellung der Lehrer an nichtstaatlichen Anstalten mit den staatlich angestellten Lehrern für eine Forderung der Billigkeit. Die Annahme des Antrags werde auch zahlreichen Agitationen, die auch bei den Wahlen hervortreten und sich gegen die Regierung richten, die Spitze abbrechen. Wenn man bisher die finanzielle Lage der Kommunen gegen den Antrag angeführt habe, so fordere ja der Antrag die Regierung auf, eine Vorlage zu machen, wonach im Bedürfnißfalle der Staat die Kommunen zu unterstützen habe. Die Besserung unserer Finanzen ermöglichte es, dieser Aufforderung nachzukommen. Redner erklärt sich mit der Kommissionsberathung einverstanden.

Abg. Weber (Halberstadt, nl.): Mit den Zielen dieses Antrages bin ich vollkommen einverstanden. Eben darum wünsche ich, daß er eine Gestalt erhält, die alle Bedenken gegen ihn entkräftet. Das ist bisher allerdings noch nicht der Fall. Es ist nicht gesagt, welche rechtliche Folgen das Eingreifen des Staates, welche Folgen es haben soll, wenn die Verpflichteten sich der Erhöhung der Ausgaben entziehen, etwa aufgrund stiftungsmäßiger Bestimmungen. Wir müssen also genau festsetzen, welche Verpflichtungen dem Staate und den Verpflichteten zufallen sollen, wir dürfen aber auch die letzteren in Bezug auf das Schulgeld nicht an die Vorschriften des Staates binden. Ich wünsche aber, daß die Kommission den Antrag einer sorgfältigen Prüfung unterzieht, damit wir etwas Ersprießliches schaffen.

Abg. Lamprecht (kons.) erklärt sich für den Antrag und empfiehlt der Kommission, insbesondere die Verhältnisse der landwirthschaftlichen Schulen ins Auge zu fassen, bei denen sich mancherlei Uebelstände entwickelt hätten.

Abg. Dr Langerhans (dfr.): Ein Theil meiner Freunde ist gegen den Antrag, von dem sie eine Beschränkung der kommunalen Rechte befürchten; sie meinen, daß die Kommunen selbst aus Interesse für ihre Schulen eine Gehaltserhöhung vornehmen werden. Ein anderer Theil meiner Parteigenossen, darunter auch ich, halten diese Bedenken nicht für so schwerwiegend und werden für den Antrag eintreten. Wir meinen, daß der Staat sehr wohl berechtigt ist, in dieser Frage einzugreifen. Er hat ein Interesse an den guten Leistungen der Schulen, und es ist keine Frage, daß diejenigen Schulen zurückgehen müssen, welche niedrigere Gehälter bezahlen. Der Staat ertheilt für die höheren Schulen bestimmte Konzessionen, er kann daher auch bestimmte Forderungen für ihre Unterhaltung stellen. Daß der Antrag weitere Eingriffe des Staates in die Kommunalrechte herbeiführen werde, befürchte ich nicht. Einer Verweisung an eine Kommission will ich nicht widersprechen, obwohl ich eine nochmalige Kommissionsberathung nicht für nothwendig halte.

Abg. v. Eynern (nl.): Es herrscht in unserem höheren Schulwesen in Bezug auf die Staatszuschüsse eine große Verwirrung. Herr v. Puttkamer erklärte als Kultusminister, daß er nicht dagegen sei, alle höheren Schulen auf den Staat zu übernehmen, daß aber die größeren Städte wohl damit nicht einverstanden sein würden. Gegen einen Ausgleich der Ungerechtigkeiten durch Erhöhung der Staatszuschüsse führte die Regierung die finanzielle Lage des Staates an. Jetzt aber, wo wir sogar daran gehen, die Staatsschulden zu tilgen, werden wir hoffentlich dazu gelangen, daß unser Antrag Gesetz wird. Die Lehrer an den städtischen und den staatlichen Anstalten haben ganz denselben Bildungsgang durchgemacht. Trotzdem ist ihre Besoldung eine ungleiche. Man setzt die städtischen Lehrer sogar soweit zurück, daß man sie bei Versetzung der staatlichen Lehrer in die fünfte Rangklasse nicht berücksichtigt hat. Jetzt wird eine neue Ungleichheit geschaffen, indem für die staatlich angestellten Lehrer die Relikthenbeiträge aufgehoben werden, nicht aber für die städtischen Lehrer, die nicht als Staatsbeamte gelten. Gegen diese Ungleichheit will der Antrag Abhilfe schaffen. Wie man aus demselben eine Verringerung der kommunalen Rechte befürchten kann, verstehe ich nicht, da diese kommunalen Rechte schon längst nicht mehr bestehen; der Staat trifft alle Bestimmungen über die Schulen, die Kommunen haben nur das Recht zu zahlen. Selbst eine völlige Uebernahme der Schulen durch den Staat würde daher an den Rechten der Kommunen nichts ändern. Die bestehende Zwitterstellung der nicht staatlich angestellten Lehrer muß beseitigt werden; jetzt sind sie weder staatliche noch städtische Beamte. Wenn ich nun den Antrag unterschrieben habe, so stimme ich darum nicht jeder Bestimmung desselben zu. Es wird der Kommission nicht möglich sein, ein wirklich durchführbares Gesetz zu schaffen, da es dazu sehr weitschichtiger Vorarbeiten bedarf. Aber ich hoffe, daß die Arbeiten der Kommission den Kultusminister in den Stand setzen werden, uns in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, der diese Materie regelt. Denn darin stimme ich mit dem Abg. Brüel überein, daß ein wirklich durchführbarer Gesetzentwurf hierüber nur aus der Initiative der Regierung hervorgehen kann.

Die Diskussion wird geschlossen.

Das Schlußwort erhält als Mitantragsteller

Abg. v. Schenckendorff (nl.): Unser Antrag ist nicht aus Wahlrücksichten entstanden — gerade in meinen Wahlkreis sind vielmehr die Lehrer vielfach gegen mich aufgetreten — sondern weil wir befürchten, daß ohne Annahme desselben die städtischen Schulen zurückgehen werden. Für eine Verstaatlichung der höheren Schulen bin ich nicht, im Gegensatz zum Abgeordneten von Eynern, schon weil ich überhaupt kein Freund der Uniformirung bin. Dann zeigt auch die Errichtung höherer Schulen durch die Kommunen, daß diese Errichtung einem Bedürfnisse entspricht. Wohl aber hat der Staat ein Recht, die Gemeinden anzuhalten, daß sie ihren Verpflichtungen gegen die Schulen nachkommen. Dazu gehört nicht blos, daß man Schulen errichtet, sondern auch, daß man sie den berechtigten Forderungen gemäß unterhält. So gut dies Berlin und andere Städte thun, müssen es auch die bisher Säumigen. Ich bin der Ansicht, daß der Antrag sehr wohl geeignet ist, Gesetz zu werden. Die Kommission, meine ich, wird nur geringe Aenderungen vornehmen können. Die städtischen Schulen haben genau dieselben Berechtigungen, wie die staatlichen, sie müssen also auch dieselben Verpflichtungen übernehmen. Auf die nicht leistungsfähigen Gemeinden werden wir allerdings Rücksicht nehmen müssen; es genügt da nicht eine Resolution an die Regierung, sondern die Kommission wird die Resolution in das Gesetz aufzunehmen haben. Den nicht leistungsfähigen Gemeinden muß ein Recht auf staatliche Beihülfe zugesprochen werden. Wir wollen endlich noch eine Ungerechtigkeit aufheben, die dadurch entstanden ist, daß man die städtischen Lehrer nicht unter die unmittelbaren Staatsbeamten aufgenommen hat. Ich bitte daher, die Resolution, welche eine Aufhebung der Relikthenbeiträge für die städtischen Lehrer bezweckt, der Relikthenkommission zu überweisen, den übrigen Antrag einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern.

Das Haus überweist hierauf die vom Abg. von Schenckendorff zuletzt erwähnte Resolution der Relikthenkommission, den Antrag im Uebrigen einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern.

Der Gesetzentwurf betr. den Rechtszustand einiger vom Fürstenthum Lippe-Detmold an Preußen abgetretener Gebietstheile in den Kreisen Herford, Bielefeld und Höxter sowie die Abtretung einiger preußischen Gebietstheile an Lippe-Detmold wird in dritter Berathung ohne Diskussion angenommen.

Es folgt die dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die Einrichtung von Kehrbezirken für Schornsteinfeger.

In der Generaldebatte wünscht

Abg. v. Meyer-Arnswalde, daß die Regierung bei dem Fehlen einer ländlichen Baupolizei energischer auf die Einrichtung von Kehrbezirken dringe.

Die Vorlage wird darauf im einzelnen und im ganzen definitiv genehmigt.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die Errichtung eines Landgerichts in Bochum, sowie die anderweitige Abgrenzung der Amtsgerichtsbezirke Haltingen und Bochum und der Landgerichtsbezirke Essen und Münster.

Abg. Dr Wuermeling (Centr.) erklärt sich gegen den Gesetzentwurf. Die Errichtung eines Landgerichts in Bochum sei unnöthig, da das Landgericht in Essen vom ganzen Kreise Bochum aus sehr bequem zu erreichen sei. Redner beantragt Verweisung der Vorlage an die Justizkommission.

Geh. Justizrath Schmidt hebt hervor, daß die Regierung bei Einbringung der Vorlage lediglich im Interesse der Gerichtsangesessenen gehandelt habe. Der Gesetzentwurf entspreche den vielfach geäußerten Wünschen der Gerichtsangesessenen wie sämmtlicher betheiligten Behörden. Die Anwälte zu Münster würden freilich durch die Errichtung eines Landgerichts in Bochum eine Einbuße erleiden, indessen müssen die Interessen einzelner Anwälte denen der Gerichtsangesessenen nachstehen. (Beifall.)

Abg. Schmieding (nl.) bittet um Annahme der Vorlage, die einer Kommissionsberathung nicht bedürfe. Das Kreisgericht Bochum sei das zweitgrößte der Monarchie gewesen; die Eingesessenen Bochums seien daher sehr entzückt gewesen, als sie kein Landgericht erhielten, und die Vorlage habe in Bochum große Freude erregt. Redner regt schließlich die Errichtung eines Landgerichts in Herne an.

Geh. Justizrath Schmidt erwidert, daß die Regierung die Errichtung eines Landgerichts in Herne bereits in Erwägung gezogen habe, eine Entscheidung aber noch nicht getroffen sei.

Die Vorlage wird an die Justizkommission verwiesen.

Der Bericht über die Verwendung des Erlöses für verkaufte Berliner Stadtbahnparzellen und der Bericht über die bisherige Ausführung von Bestimmungen verschiedener Gesetze über den Erwerb von Privateisenbahnen für den Staat werden ohne Debatte durch einmalige Berathung für erledigt erklärt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr (Verlängerung der Legislaturperiode).

Schluß 3½ Uhr.

Wissenschaft. Kunst. Literatur.

— Ein neues Volksschauspiel von E. Bely, „Der Gnadenlöhner," hat bei seiner ersten Aufführung am Residenztheater zu Hannover einen lebhaften Erfolg davongetragen. Man wird an vielen Stellen an Charlotte Birch-Pfeiffer erinnert, mit deren Talent das der Frau Bely manche Aehnlichkeit aufweist, namentlich da, wo sich's um das Entwerfen rührender Scenen handelt. Gleich den Arbeiten der Birch-Pfeiffer ist dieses Stück mit sicherer Hand für die Bühne zurecht gemacht, ist durchaus moralisch, rührend und spannend, zugleich besitzt es aber auch ähnliche Fehler wie die Werke der ehemaligen Bühnenbeherrscherin.

Gerichtsverhandlungen.

□ Nordhausen, 8. Febr. Die Strafkammer beim hiesigen Landgerichte verurtheilte in ihrer heutigen Sitzung den früheren Studiosus der Theologie, jetzigen Kanzlisten Heinrich Nolte aus Breitenworbis, 29 Jahre alt und bereits einmal wegen Betruges bestraft, wegen Unterschlagung und Vertrauensbruches zu 6 Monaten Gefängniß und Ehrverlust auf die Dauer eines Jahres. Derselbe hatte, wie trotz seiner gegentheiligen Behauptungen zeugeneidlich festgestellt wurde, den auf ein Freiloos der preußischen Klassenlotterie gefallenen Gewinn von 315 Mk., mit dessen Einziehung er von zuständiger Seite beauftragt worden war, an sich behalten und in seinen Nutzen verwendet.

* Paris, 6. Febr. Das Zuchtpolizeigericht verurtheilte den Prinzen Philipp von Bourbon, Sohn des Herzogs von Aquila, wegen Betruges in contumaciam zu dreizehn Monaten Gefängniß und 500 Frcs. Geldstrafe. Der Prinz hatte für 15,000 Frcs. Edelsteine gegen Wechsel gekauft und war dann verschwunden.

Provinzial-Nachrichten.

Kalbe a. S., 8. Febr. Die hiesigen Lutherfestspiel-Aufführungen werden am 29. Febr., am 2. und 4. März zur Darstellung gelangen; die Preise der Plätze sind auf 1,50 M. und 0,75 M. festgesetzt. Aus Torgau sind bereits mehrere von Hrn. Maler Bollschläger dort angefertigte Kulissen, von denen „Wittenberg im Schnee" von besonders schöner Wirkung ist, eingetroffen. Gleichzeitig hat die Stadt Torgau wertvolle Rüstungen, als Harnische, Schwerter, Hellebarden und Spieße zur Benutzung geliehen. Für diese Beihilfe wird genannter Stadt ein Beitrag zur Errichtung eines dortigen Luther-Standbildes aus den hier zu erwartenden Ueberschüssen überwiesen werden. — In jüngster Stadtverordnetensitzung wurde u. a. über die Begründung einer „Fortbildungsschule" hier gesprochen. Der Magistrat hatte gutachtliche Meinungen von den hiesigen Innungen und Gewerbetreibenden eingeholt, die sich meistens für Errichtung einer solchen Schule erklärten, trotzdem lehnte die Versammlung wegen der der Stadt dadurch erwachsenden Mehrausgabe für Schulzwecke, welcher Titel ohnedies durch das zu erwartende Schulgelderlaßgesetz eine Erhöhung erfahre, mit großer Mehrheit die Vorlage ab.

Staßfurt, 8. Febr. In gestriger Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung war auch die Straßenreinigungsangelegenheit wieder Gegenstand der Berathung. Der Fuhrherr Drittel will gegen Zahlung von 16,000 M. die gesammte Reinigung, mit Ausschluß der nicht stadtseitig zu reinigenden Trottoirflächen, vorläufig weise auf ein Jahr übernehmen. Die Vorlage wurde dem betr. Ausschusse zur beschleunigten Berathung und Berichterstattung überwiesen.

— Die Aktiengesellschaft Grusonwerke zu Buckau hat jetzt im Harz einen neuen Schießplatz für ihre Geschützabtheilung erworben. Der Platz erstreckt sich von einer kleinen Erhöhung bei Bahnhof Langenstein ausgehend in einer Länge von 5 km gegen die Tekenberge und umfaßt 1250 Morgen. Das Gebiet ist vorläufig auf eine Reihe von Jahren gepachtet; die Grundbesitzer erhalten als Entschädigung dafür, daß je 50 Tage im Jahre nicht auf ihre Aecker kommen können, die Summe von 20 M. für den Morgen. Hauptbetheiligt dabei ist das Amt Langenstein. Es sollen nun, wie Harzer Blätter melden, an jenem Orte Baracken gebaut werden, um Geschütze, Munition, Instrumente u. s. w. aufzunehmen; auch müssen größere Kugelfänge errichtet werden, wenn auch der genannte Höhenzug schon an und für sich einen natürlichen Kugelfang bildet.

— In einer Wohnung der Ulrichsgasse in Leipzig fand man am 5. d. nachmittags eine 30 Jahre alte Frauensperson, sowie einen dort eingekehrten Oekonomen aus Eisenach todt, und zwar infolge von Gasentwickelung aus einem Natronofen erstickt, vor.

Vermischtes.

— [Die Schwester unseres Kaisers,] die verwittwete Großherzogin Alexandrine von Mecklenburg, vollendet in diesem Monat ihr 85. Lebensjahr. Sie ist geboren am 23. Febr. 1803, vermählte sich am 25. Mai 1822 dem verstorbenen Großherzog Paul Friedrich von Mecklenburg-Schwerin, dem Großvater des regierenden Fürsten und ist seit 45 Jahren Wittwe (7. März 1842). Unter den nichtregierenden Fürstinnen steht ihr im Alter wohl am nächsten die frühere Kronprinzessin Wilhelmine von Dänemark, nachherige Wittwe des Herzogs Karl von Schleswig-Holstein (geb. 18. Januar 1808). Die verwittwete Herzogin Friederike von Anhalt-Bernburg ist geboren den 9. Oktober 1811; die Wittwe des Prinzen Friedrich August von Anhalt, geborene Prinzessin Marie von Hessen-Kassel, ist 73 Jahre alt. Unter den regierenden fürstlichen Damen steht die deutsche Kaiserin obenan; ebenfalls in höherem Alter befinden sich die Königin Louise von Dänemark (geboren 7. September 1817), die Königin Victoria (24. Mai 1819), die Herzogin Alexandrine von Sachsen-Koburg (6. Dezember 1820), die Kaiserin Therese von Brasilien (14. März 1822), die Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz (19. Juli 1822), die Großherzogin Sophie von Sachsen-Weimar (8. April 1824), die Herzogin Agnes von Sachsen-Altenburg (24. Juni 1824) und die Großherzogin Elisabeth von Oldenburg (26. März 1824). Für unsere Zeit ist es gewiß kein schlechtes Zeichen, daß alle diese fürstlichen Frauen das sechzigste Lebensjahr weit überschritten haben, obwohl viele von ihnen ihren hohen Beruf wahrlich nicht leicht nehmen.

— [Bei einer Feuersbrunst,] welche in der Nacht vom 4. d. in Ulm in der Wohnung des Ortskrankendieners Schöllkopf ausbrach, fand die rasch herbeigeeilte Feuerwehr Schöllkopf bewußtlos mit Brandwunden bedeckt in seinem Zimmer vor; er starb wenige Stunden nachher. Man glaubte anfangs, Sch. sei ein Opfer der Flammen; es hat sich aber inzwischen herausgestellt, daß ein Raubmord vorliegt. Die auf Anordnung des Staatsanwalts vorgenommene Sektion des Leichnams hat ergeben, daß dem Kassendiener mit einem spitzen Instrument eine Verletzung der Hirnschale und des Gehirns beigebracht worden war, die den Tod herbeiführen mußte. Wahrscheinlich hat der Täter das Bett Schöllkopf's in Flammen gesetzt, um den Schwerverletzten zu verbrennen und dadurch das Verbrechen zu verdecken. Die Geldkasse Schöllkopf's wurde mit 52 M. Inhalt auf einem öffentlichen Platze aufgefunden, nach den erhobenen Recherchen hatte der Kassendiener 300 M. eingezogene Gelder darin verwahrt gehabt. Nach dem Thäter wird eifrig gefahndet.

— [Unter falschem Deckmantel.] In Hamburg hat man eine Lasterhöhle entdeckt, welche sich als Schwesterheim für gefallene Mädchen in einer stillen Straße unweit des Lübecker Bahnhofes in St. Georg angethan hatte. Die Einzelheiten entziehen sich der öffentlichen Besprechung; die Haussuchung in dem Hause (in der Woltmannstraße) hat jedoch haarsträubende Dinge zu Tage gefördert. Mehrere „Schwestern" mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Der „Hausvater" wurde in Haft genommen und den Mädchen unterlagt, ferner die Schwestertracht anzulegen. Der Verhaftete, ein gewisser Wannack, steht auch im Verdachte, Hochstapeleien bei verschiedenen „frommen Damen" im großen Maßstabe betrieben zu haben.

— [Personalnachricht.] Am 8. d. starb in Hirschberg Generalmajor z. D. und Ritter des Eisernen Kreuzes 1. Klasse Rudolf v. Neumann-Koiel, lange Jahre Kommandant von Neiße. Der Verstorbene, der seit einem Jahrzehnt in Hirschberg wohnte, war ein Enkel des Generals von Neumann, der 1806 und 1807 in den Tagen der tiefsten Erniedrigung unseres Vaterlandes mannhaft die Festung Koiel vertheidigte und deshalb von dem König Friedrich Wilhelm III. den Namen v. Neumann-Koiel erhielt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18880211024/fragment/page=0003

Handels-, Verkehrs- und Börsen-Nachrichten.

* Berlin, 9. Febr. In der heute stattgehabten Aufsichtsrathssitzung der Nationalbank für Deutschland wurde seitens der Verwaltung die Bilanz und das Gewinn- und Verlust-Konto des abgelaufenen Geschäftsjahres vorgelegt. Dasselbe ergiebt einen Rohgewinn von 2,257,420.43 M. (1886 1,869,439.75 M.) und setzt sich zusammen aus

	1887	1886
Gewinn auf		
Wechsel-Konto	335,691.34 M.	227,303.37 M.
Effekten- und Konsortial-Konto	520,322.74 „	334,807.44 „
Sorten- und Valuten-Konto	65,359 09 „	22,136.61 „
Grundstück-Konto	19,120 03 „	19,652.34 „
Zinsen-Konto	508,038.39 „	517,250.69 „
Provisions-Konto	702,358.96 „	738,680.95 „
Vortrag aus dem Jahre 1886	16,469.43 „	9,515.35 „

Nach Abzug der Handlungsunkosten, Steuern und Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 1,666,769.73 M. (1886 1,234,966.03 M.). Der für den 10. März einzuberufenden Generalversammlung wird die Vertheilung einer Dividende von 6 Proz. vorgeschlagen. Dem gesetzlichen Reservefonds werden 82,515 M., dem statutarischen allgemeinen Reservefonds 100,000 M. zugewiesen, und der nach Abzug der Tantièmen und Gratifikationen verbleibende Rest von 49,151.03 M. auf neue Rechnung vorgetragen.

** Leipzig, 9. Febr. Der Aufsichtsrath der Leipziger Bank hat die Dividende für das abgelaufene Geschäftsjahr auf 5 Proz. festgesetzt; die Generalversammlung findet am 16. März statt.

— Eisenbahn-Einnahmen. ** Wien, 9. Febr. (Telegr.) Die Einnahmen der Oesterreichisch-Ungarischen Staatsbahn betrugen in der Woche vom 20. Jan. bis 4. Febr. 569,073 Fl., Mindereinnahme 14,066 Fl.

Zahlungs-Einstellungen.

Namen	Wohnort	Amtsgericht	Eröffnungstermin	Anmeldefrist	1. Gläubiger-Versammlung	Prüfungstermin
J. Mössian, Kfm.	Berlin	Berlin	4.2.	11.4.	17.2.	9.5.
J. Blut, Handelsfrau	Beuthen	Beuthen	30.1.	29.2.	15.2.	10.3.
Benno Wiener, Kfm., i. F. Gebr. Wiener	Jauer	Jauer	6.2.	8.3.	17.2.	23.3.
J. Körppen, Spielwaarenhdlr.	Wiesbaden	Wiesbaden	4.2.	27.2.	5.3.	5.3.
J. M. Schmitt, Kfm.	Lindenfels	Fürth	4.2.	17.3.	26.3.	26.3.
L. Feser, Kupferschmied u. Kfm.	Giengen a. d. Brz.	Heidenheim	4.2.	10.3.	24.3.	24.3.
Max Kuerbach, Herrenkleiderfabrikat	Mainz	Mainz	4.2.	10.3.	28.2.	19.3.
Moritz Borchardt, Kfm.	München	München	27.1.	17.2.	25.2.	25.2.
R. Hottelet, Gutsp. (Nachl.)	Friedrichshof	Tessin	1.2.	15.3.	22.2.	7.4.

Waaren- und Produktenberichte.

Zucker.

Magdeburger Börse.

	8. Febr.		9. Febr.	
Granulated	—.—	M.	—.—	M.
Krystallzucker I.	—	„	—	„
Krystallzucker II.	—	„	—	„
Kornzucker 96%	—	„	—	„
Korng. Rend. 92%	24.60—24.80	„	24.40—24.70	„
Rendement 88%	23.10—23.60	„	23.00—23.50	„
do. Rend. 75%	18.00—19.70	„	18.00—19.70	„

Tendenz am 9. Febr.: Matt.

	8. Febr.		9. Febr.	
fein Brodraffinade	—.—	M.	—.—	M.
fein Brodraffinade	30.00	„	30.00	„
Gem. Raffinade	28.75—29.50	„	28.75—29.50	„
Gem. Melis I.	28.25	„	28.25	„

Tendenz am 9. Febr.: Ruhig.

Rohzucker I. Produkt:
Durchgehend f. a. B. Hamburg.

März 15,05 M. Br., 15.00 M. G., April 15.20 M. bez. u. G., 15.25 Br., April-Mai 15.32½ M. Br. 15.25 M. G., Mai 15.40 M. bez. u. Br., 15.35 M. G., Juni-Juli 15.60 M. Br., 15.50 M. G., Okt.-Dez. 13,15 M. Br., 13 M. G.

Tendenz: Matt.

Die Notirungen der Kaufmannschaft.

* Hamburg, 9. Febr. Rübenrohzucker I. Produkt, Basis 88% Rendement, frei an Bord Hamburg, per März 15,00, per April 15,10, per Nov. 12.90, per Dez. 12,90. Ruhig.

* Hamburg, 9. Febr. [Nachmittagsbericht.] Rübenrohzucker I. Produkt, Basis 88% Rendement, frei an Bord Hamburg, per März 15.00, per April 15,10, per Nov. 12.90, Dez. 12.90. Fest.

* Paris, 9. Febr. (Telegr.) Rohzucker 88° matt, loco 37.75 à 38 00. Weißer Zucker weichend, Nr. 3 per 100 kg per Febr. 41.00, per März 41,25, per März-Juni 41.80, pr. Mai-Aug. 42,30.

* Antwerpen, 8. Febr. Rübenzucker. Sofort 36.75 Frcs., per März 37.25 Frcs., April-Juni 38.75 Frcs., Okt.-Dez. 30,50 Francs.

* London, 9. Febr. (Telegr.) 96% Javazucker 16¼ ruhig, Rübenrohzucker 14¾ ruhig.

* New-York, 8. Febr. (Telegr.) Zucker (Fair refining Muscovados) 4⅞.

Kaffee.

* Hamburg, 9. Febr. Kaffee matt, Umsatz 2500 Sack.

* Hamburg, 9. Febr., vorm. 11 Uhr — M. Kaffee good average Santos per März 65, per Mai 64½, per Sept. 60½, per Dez. 59. Ruhig.

* Hamburg, 9. Febr., nachm. 3 Uhr 30 M. (Schlußbericht) Kaffee good average Santos per März 65½, do. per Mai 64, per Sept. 60, Dez. 58½. Ruhig.

* Havre, 9. Febr. Vorm. 10 Uhr 30 M. (Telegramm von Pelmann, Zegler & Comp.) Kaffee Good average Santos per Febr. 77.50, per Mai 77,00, per Aug. 1888 74.25, per Dez. 72.50. Ruhig.

* Havre, 9. Febr. Vorm. 8 Uhr 30 M. (Telegramm von Pelmann, Zegler & Comp.) Kaffee. New-York schloß mit 10 Points Baisse. Rio, 4000 B., Santos 4000 B. Recettes für gestern.

* Rio de Janeiro, 8. Febr. Kaffeezufuhr in Rio während der Woche 24,000, Rettsigster Vorrath in Rio 220,000, Rohzufuhr nach den Verein. Staaten 56,000, do. nach der Elbe 5,000, nach Triest 2000, do. nach dem übrigen Europa 4,000, wirklich verkauft seit dem letzten Telegramm 44.000 Sack. Preis von Nord. fest 5450. Wechsel auf London 25. Schr fest.

* New-York, 8. Febr. (Telegr.) Kaffee (Fair Rio-) 16, do. Rio Nr. 7 low ordinary per März 12.67, do. do. per Mai 12.47.

Spiritus.

* Berlin, 9. Febr. (Amtlich). Spiritus per 100 l à 100% = 10,000 l% (nach Tralles loco mit Faß (versteuertes). Termine flau. Gekündigt —.— l. Kündigungspreis — M. Durchschnittspreis —, M., per diesen Monat —.—, per April-Mai 99,03—99,08 bezahlt, per Mai-Juni 99 09—99.06 bezahlt, per Juni-Juli — bez.

Spiritus per 100 l 100 % = 10,000 % (versteuertes) loco ohne Faß 98.05 bis 98.3 bez. Für ein kleines Quantum —,— bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe loco ohne Faß 49,8—49.7 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe loco ohne Faß 31.2—31.1 bez.

Spiritus (siehe unten Anmerkung) mit 50 M. Verbrauchsabgabe April-Mai 51.01—50,99 bez., per Mai-Juni 51.06—51,05 bez., per Juni-Juli 52.4—52.2 —, per Juli-Aug. 53.2 53.0 bez., per Aug.-Sept. 53,7—53,8—53,6 bez., mit 70 M. Verbrauchsabgabe per April-Mai 32.4 32,5—32—32.2, per Mai-Juni 33.0—22.7 bez., per Juni-Juli 33,7—33.05 bez., Juli-Aug. 34.3—34,1 bez., Aug.-Sept. 34,8—34.5 bez.

Im heutigen Tage sind die Schlußscheine für Spiritus zu 50 und 70 M. Verbrauchsabgabe amtlich publizirt worden. Die Notirung der Terminpreise erfolgt von heute ab amtlich. Die bisherige nichtamtliche Notiz fällt fort.

* Magdeburg, 9. Febr. Kartoffelspiritus für 10,000 l=% loco ohne Faß 49.60—50.00 M. bei 50 M., 31,40 bei 70 M. Steuerzusschlag.

Die Notirungen der Kaufmannschaft.

* Magdeburg, 9. Febr. (Hermann Walther.) Kartoffelspiritus wen. veränd. Loco ohne Faß 49.60—50.00 M. bei 50 M., 31,40 M. bei 70 M. Steuerzusschlag. Ab Speicher unter freier Vorhaltung der Gebinde fehlte Angebot.

* Posen, 9. Febr. Spiritus loco ohne Faß (50er) 47.70, do. do. (70er) 29,60, do. mit Verbrauchsabgabe von 70 M. und darüber 29,30, per Febr. —.—. Gef. — — l. Matt.

* Stettin, 9. Febr. Spiritus matt, loco ohne Faß 97,00, do. mit 50 M. Konsumsteuer 48,70, do. mit 70 M. Konsumsteuer 30,70, per April-Mai 30,10 bez.

* Hamburg, 9. Febr. Spiritus flau, per Febr.-März 21,75 Br., per März-April 22,00 Br., per April-Mai 22,25 Br., Mai-Juni 22,50 Br.

* Breslau, 9. Febr. Spiritus per 100 l 100%, excl. 50 M. Verbrauchsabgaben per Febr. 47.90, April-Mai 49.50 do. per Mai-Juni 50,00, do. do. 70 M. Verbrauchsabgaben per Febr. 29.90, per April-Mai —.—, per Mai-Juni —.—.

* Paris, 9. Febr., abends. (Telegr.) Spiritus behauptet, per Febr. 47.00, per März 47,25, per März-April 47.50, per Mai-Aug. 48.00.

* Paris, 9. Febr. (Schlußbericht.) Spiritus matt, per Febr. 47,00, per März 47.25, per März-April 47.75, per Mai-Aug. 48.00.

Stroh. Heu.

* Berlin, 8. Febr. (Amtl.-Priv.) Richtstroh 3.25—4.00, Heu 4,76—7.40 M. der 100 kg.

* Norddeutschen, 9. Febr. (Amtl.) Stroh 3,25—3,50, Heu 6,00—6,50 M. per 100 kg.

Berliner Börse vom 9. Februar.

Deutsche u. ausländische Fonds- u. Staatspapiere.

4% Deutsche Reichsanl.	107,75	bz
3½% do. do.	100,75	B
4% Preuß. Kons. St.-Anl.	107,00	bz
3½ do. do.	101,25	B
3½% Staats-Sch.-Sch.	100,30	G
Pfdbr.-Anleihe 1855	148,25	bz
4% Ostpr. Centr.-Pfdbr.	102,50	bz
3½ do. do.	99,30	bz
3½ Westpr. Centr.-Pfdbr.	98,30	bz
4% Sächs. Rentenbr.	—.—	
4 Deutsche Grundsch.-Pf.	101,70	bz
3½ do. do.	97,50	G
3½ Goth. Pr.-Pfdbr. Lab.	104,90	B
3½ do. do. II. Lab.	102,40	bz
3½ do. III. rzb. 110 Lab.	97,30	G
3½ do. IV. rzb. 110 Lab.	97,30	G
3½ do. V. do. ab.	91,90	B
5% Pr. Ctrb.-Pfdb. 110 rz.	116,00	G
4% do. do. 100 rz.	102,90	B
5% Pr. Hyp. A. B. VI. 100 rz.	111,50	bz
4% do. Ctr. 100 rz.	102,50	bz
4% Südd. Boden-Kredit	102,00	bz
4% Ld.-Hyp.-B. Pfd. (Berlin)	102,30	bz
4% do. do. (Meiningen)	102,00	bz
5% Russ. Bodenkredit	85,75	G
5% do. Centr.-Bd.-Pf.	73,40	G
6% New-York Stadt-Anl.	132,00	B
Oest. Papier-Rente	—.—	
do. Silber-Rente	63,60	bz
4% do. Gold-Rente	86,90	B
5% Ungar. Papier-Rente	65,25	bz
4% Ung. Gold-Rente	77,30	bz
Italienische Rente	92,90	bz
3½% Holländische Stadt-Anl.	99,50	B
3½% Kopenh. Stadt-Anl.	95,60	bz
4% Russ. Stadt-Anl.	76,50	bz
Rumänische do.	97,75	B
5% Rumänier	99,75	B
5 „ Russ.-Engl. 1872	90,90	B
4½ „ „ „ 1877	97,20	B
5 „ „ „ 1880	76,80	bz
5 „ „ „ 1884	90,80	G
5 „ „ Orient-Anl. II.	52,50	bz
5 „ „ „ III.	52,30	G
6 „ Russ. Gold-Rente 1883	104,75	bz

In- und ausl. Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prior.-Aktien.

Aachen-Mastricht	49,50	bz
Berlin-Dresden	—.—	
Buschtiehrader Lit. B.	91,25	bz
Galiz. (Aust.-Ludw.)	76,90	B
Gotthardbahn	115,60	G
Kronpr. Rudolfbahn	71,75	B
Mainz-Ludwigshafen	102,10	B
Mecklenburg-Mlawka	51,25	bz
Mecklenburg	130,00	B
Nordb.-Fr. Franzer	—.—	
Ostpreuß. Südbahn	75,10	bz
Russische Südwestbahn	55,50	G
Berlin-Dresden	—.—	
Marienb.-Mlawka	107,70	bz
Ostpr. Südbahn	109,50	bz
Saalebahn	107,00	B
Weimar-Gera	86,30	bz

Eisenbahn-Prioritäts-Aktien und Obligationen.

Verschiedene 4% Prior. abgestempelt zum Bezug v. 3½% Konsols	—.—	
3½ Rhg.-Märk. III.	100,25	bz
4 do. V.	103,40	G
4 do. VII.	103,40	G
4 do. VIII.	103,60	bz
4 do. IX.	103,50	bz
4 do. Nordbahn	—.—	
4 Berlin-Anhalt C.	103,80	bz
4½ Berlin-Dresden. gr.	—.—	
4 Berlin-Hamb. III. lb.	103,40	G
4 Berlin-Stettin gar.	103,30	G
4½ Braunschw. Lienen.	107,75	G
4 Bresl.-Schw.-Frd. H.	—.—	
4 Köln-Minden IV.	103,60	G
4 do. VI.	103,60	bz
4 do. VII.	103,60	bz
4 Mgd.-Halberst. 1865	—.—	
4 do. 1873	103,60	bz
4 do. Leipzig A.	104,30	bz
4 do. do. B.	103,30	G
3 do. Wittenberge	92,50	bz
4 Mainz-Ludwg. g. kb.	103,50	B
4 do. 1878 lond.	103,00	B
4 do. 1874	103,00	B
4 Niederschl.-Märk. I.	102,75	G
3½ Oberschl. E gr.	100,00	bz
4 do. 4½ Lit. H. gr.	103,60	G
4 do. Em. v. 73	—.—	
4½ Oberschl. Em. v. 79	104,50	B
4 do. do. v. 80	103,30	B
4 Rechte Oder-Ufer	103,40	B
4 Thüringer VI.	103,45	B
4 Böhmische Nordb. Gold	101,10	G
5 Dux-Bodenb. II.	83,60	bz
5 do. III.	—.—	
4½ Gal. Kart.-Ludw.	77,25	bz
5 Kaschau-Oderberg	79,50	G
5 do. Gold	101,90	B
Kronprinz Rudolf 4% Prior.	71,50	bz
do. Salzkg. Gold 4% do.	99,90	B
4 Lemb.-Czernow. A.-E.	68,70	bzB
3 Oest. Frz. Stb. alte	79,30	G
3 do. 1874	—.—	
3 do. Ergänzung.	73,75	G
4 do. Goldprior.	99,60	bzB
3 do. do. 1885	73,25	B
5 Oesterr. Nordwestb.	85,00	bzB
3 Südost.-Bahn Lmb.	57,25	bzB
5 do. Obl.	101,70	bzB
5 Ungarische Nordostb.	75,20	B
5 do. Gold	101,20	bzB
5 do. Ostbahn I. Em.	75,10	B
5 do. do. II. Em.	100,25	bzB
5 Charkow-Azow	88,75	bz
4½ Zwanzger-Dombrow.	80,75	bzB
5 Kursk-Charkow-Azow	87,30	bz
5 Kursk-Kiew	82,90	bz
Mosco-Smolensk 4% Prior.	77,50	B
4 Mosco-Jejslaw	87,40	B
5 do Smolensk	87,30	B
4 Jejslaw-Rzejow	85,10	B
4 Russ. Nikolai-Obligs.	81,60	bzB
5 Sumpa-Zwanowo	87,00	B
4 Sudwestbahn	74,30	bzB
5 Warschau-Wien IV.	90,50	B
5 do. V.	90,40	B
3 Gr. Russ. Staatsb.-Obl.	—.—	
3 Transkaukasische Eis.-Obl.	59,75	bzG

Bank- und Industrie-Aktien.

Aachen-Diskonto	103,30	G
Berliner Handels-Ges.	150,30	bzG
Darmstädter Bank	139,40	B
Diskonto-Kommandit	189,90	bzB
Deutsche Bank	162,50	B
do. Genossenschaftsbank	120,50	G
do. Hyp.-B. (Berlin) 60%	102,50	G
do. do. (Meiningen) 60%	96,25	G
Dresdener Bank	122,50	bzB
Leipziger Kredit-Anstalt	172,90	B
Magdeb. Privatbank	113,60	G
Mitteldeutsche Kred.-Bank	93,00	G
Oestr. Kredit-Anstalt	138,00	B
Reichsbank	133,00	B
Sächsische Bank	107,25	G
Schles. Bank-Verein	108,25	B
Weimarische Bank	52,75	G
Admiralsgartenbad-Akt.	126,50	G
Crollwitzer Papierfabrik	150,00	B
Dujmser Glas	153,00	B
Eisenbahn Kattum	—.—	
Halleische Maschinen	215,00	B
Leipziger Brauerei, Riebeck	196,25	bzG
Lumpinitz	89,25	G
Phönix-Bergwerk Lit. A.	94,25	bzG
do. do. B.	215,00	B
Dortmunder Union St.-Prr.	67,75	bzB
Bochumer Gußstahl	135,25	G
Hord. Hütt.-V. tonv.	54,00	bzG
Glauziger Zucker	89,00	bzB
Konkordiaspr. Zucker	109,50	G
Sächs.-Z.-Br.-A. St.-A.	127,00	bzG
do. St.-Prior.	—.—	
Sächs. Masch. (Hartmann)	121,40	bzG
do. Stuhmsichten	97,40	B
Zeitzer Maschinen	210,50	bzG

Wechsel.

Amsterdam 100 fl. 8 T.	168,90	bz
Brüss.-Antw. 100 fl. 8 T.	80,60	bz
London 1 Lstrl. 9 T.	20,365	bz
Paris 100 fr. 8 T.	80,65	bz
Wien öst. W. 100 fl. 8 T.	169,40	bz
Petersb. 100 S.-R. 3 W.	172,90	bz

Bank-Diskonto.

Berlin Wechsel 3, Lombard 3½ u. 4.
Amsterdam 2½. Brüssel 3. London 3.
Paris 3. Petersburg 5. Wien 4.

Gold, Silber und Banknoten.

Sovereigns	20,31	G
Engl. Banknoten	20,36	B
20-Francs-Stück	16,14	G
Dollars	—.—	
Imperials	—.—	
Franz. Banknoten	80,65	B
Dukaten. do.	160,65	B
Russ. do.	178,80	B

Leipziger Börse vom 9. Februar.

St.	Kgl. Sächs. Pr.			
3	Rente-Anl.	3	100	91,10 bz
3	do.	3	1000	91,10 bz
3	do.	3	500	91,90 bz
			Thlr.	
3½	Staatsanl. 1855	3	100	96,00 G
4½	do. 1847	3	500	102,30 G
4½	do. 1870	3	100	105,35 bz
4	do. 67 abs.	3	500	105,35 B
3½	Landrentenbr.	3	500	99,25 G

St.	Kgl. Sächs. Pr.			
4	Mansf. Gw. 1882	3	500	102,50 G
4½	do. 1879	3	100	103,25 G
4½	do.	3	100	103,50 B
5	do. 6M. 1875	3	100	103,50 B
4	Spa. Stadtobl. 1884	3	100	105,50 G
4½	do. 1876	3	100	105,50 bz
3½	Altb. Landobl.	3	100	101,50 B
4	do. do.	3	100	105,00 G

Div.	Eisenb.-St.-Akt.		
9½/10	Altenburg-Zeitz	182,00	G
15	Aussig-Teplitz	283,00	G
6½	Böhm. Westb. (5%)	114,00	B
7,62	Buschtiehrad. Lit. A.	120,50	bzG
5	do. do. B.	91,25	bz
9	Dux-Bodenbach	116,00	G
5½	Frz.-Jos.-B. (5%)	—.—	
	Eisenb.-St.-B.-A.		
8½/10	Altenburg-Zeitz	168,00	G
9	Dux-Bodenb. Lit. A.	110,00	G
9	do. do. B.	110,00	G
	Bank- u. Kred.-A.		
8½	Allg. D. Kr.-A. Lpz.	173,50	bz
7	Dresdener Bank	122,00	B
2	Gerzer Bank	89,00	bzG
5½	do. Hdls.-u. Prdtb.	92,00	G
5½	Gothaer Privatbank	112,00	B
5,50	Leipziger Bank	124,75	G
4½	do. Kassen-Verein	101,50	G
5½	do. Dist.-Gesellsch.	5,25	G
4½	Sächs. Bank	106,00	B
0	Weimar. Bank, neue	53,75	G
7	Zwickauer	112,00	B
	Ind.-Akt., Pr. u. Stamm-Prior.		
—/—	Chemn. Werkz. M.-F.	—.—	
6	Frbr. (Himmerm.)	77,50	bzB
10	Grölln. Papierfabr.	162,00	B
—/—	do. do. Schuldverschr.	105,00	B
0	Dörstewitz-Mattin.	60,25	G
1	D. Bb. M. (Goudermann. u. Stier) Borg.-A.	34,00	B
4½	Gerner Zuckerf. u. B.	103,00	B
1½	Germania (Schw. u. Sohn)	77,50	G
5½	Halleische Strafen-B.	132,50	G
2	Kettelbl.-Gef.-Akt.	81,00	G
0	Körbisdf. Zuckerfabr.	102,00	B
3½	Leipz. Bandfabr.	74,00	G
18	do. Kammgarnsp.	215,00	G
11½	Lpz. Malzf. Schkeud.	197,00	B
7	Sächs. Kammgarnsp. (Gobritz)	106,00	G
6	Sächs. Masch.-Fabr. (Hartmann)	121,50	G
10	Sächs. Webstuhlfabr. (Schönherr)	235,00	G
8	Thür. Gasges. Lpz.	137,00	B
8	do. Stamm-Pr.	150,00	G
7	S.-Thür. Br.-A St.	128,50	G
7	do. do. St.-Prior.	128,50	G
0	Ver. S. Thür. Parf. u. G.-Pr.-Akt. p. C.	69,75	B
0	Zeitzer Par. u. C. Akt.	70,00	G
—	do. do. Obligs.	102,50	G
5	Wettergrein, Part.-Oblig.	103,50	B
3	Zuckerfabrik Glauzig	88,00	G
9	Zuckerraffinerie Halle (Gobritz)	139,00	B
	Ausl. Eis.-B.-Obl.		
%/—	Aussig-Teplitzer	103,00	G
5	Böhm. Nordbahn	90,00	G
4	do. do. Gold	101,40	G
5	Buschtiehr. (B. Bdw.	84,50	G
5	do. Em. 1871	84,50	G
5	do. do. 1872	84,50	G
4½	do. Gold	105,30	G
5	Dux-Bodenbach	83,75	G
5	do. Em. 1871	83,50	G
5	do. do. 1874	106,00	B
4½	Graz-Köflacher	78,00	B
5	do. Em. v. 1871 u. 72	70,50	G
5	Kaschau-Oderberg	80,00	B
4	Prag-Duz Gold	99,00	bzB
5	do. Gold	106,25	B
5	Prag-Turnau	90,00	G

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Getreide.

* Berlin, 8. Febr. (Pol.-Präs.) Weizen, guter 17,00—17,50, mittel 16,25—16,75, geringer 15,50—16,00, Roggen, guter 11,30—12,10, mittel 11,40—11,60, geringer 11,00—11,20, Gerste, gute 15,70—17,50, mittel 12,85—14,65, geringe 10,00—11,80, Hafer, guter 12,40—13,00, mittel 11,40—12,00, geringer 10,40—11,00.

* Magdeburg, 9. Febr. (Gebr. Friedeberg.) Landweizen 160—164, Weißweizen — bis —, glatter engl. Weizen 154—158, Kanadweizen 147—152, Roggen 120—122, Chevaliergerste 130—145, Landgerste 115—125, Hafer 115—125 M. für 1000 kg.

* Nordhausen, 9. Febr. (Amtl.) Weizen 15,00—16,20, Roggen 11,50—12,30, Gerste 12,00—14,00, Hafer 11,50—12,50 M.

* Breslau, 9. Febr. Roggen per Febr.-März 111,00, per April-Mai 113,00, per Mai-Juni 116,00.

* Stettin, 9. Febr. Weizen flau, loco 162,00 bis 164,00, per April-Mai 165,50, per Juni-Juli 169,50. Roggen fest, loco 105,00 bis 111,00, per April-Mai 116,00, per Juni-Juli 120,50. Pommerscher Hafer loco 162—168.

* Hamburg, 9. Febr. Weizen loco flau, holsteinischer loco 165,00 bis 170,00. Roggen loco still, mecklenburgischer loco neuer 122,0 bis 128,00, russischer loco ruhig, 90,00 bis 96,00. Hafer ruhig. Gerste ruhig.

* Köln, 9. Febr. (Telegr.) Weizen fremder loco 18,75, hiesiger loco 17,50, per März 17,45, per Mai 17.50, per Juli 18,15. Roggen fremder loco 14.25, hiesiger loco 13,50, per März 12,55, per Mai 12.70, per Juli 12,95. Hafer hiesiger loco 13,50.

* Wien, 9. Febr. (Telegr.) Weizen per Frühjahr 7,56 Gd., 7,61 Br., per Mai-Juni 7,65 Gd., 7,70 Br. Roggen per Frühjahr 6,14 Gd., 6,18 Br., per Mai-Juni 6,20 Gd., 6,25 Br. Hafer per Frühjahr 5,95 Gd., 6,00 Br., per Mai-Juni 6,08 Gd., 6,13 Br.

* Pest, 9. Febr. (Telegr.) Weizen loco fest, per Frühjahr 7,27 Gd., 7,29 Br., per Herbst 7,69 Gd., 7,71 Br. Hafer per Frühjahr 5,60 Gd., 5,62 Br.

* Paris, 9. Febr., abends. (Telegr.) Weizen behauptet, per Febr 23,40, per März 23.75, per März-Juni 23,90, per Mai-Aug. 24,25.

* Paris, 9. Febr. (Telegr.) (Schlußbericht) Weizen behauptet, per Febr. 23,40, per März 23.60, per März-Juni 23.90, per Mai-Aug. 24,25. Roggen ruhig, per Febr. 14.00, per Mai-Aug. 14,40.

* Amsterdam, 9. Febr. (Telegr.) Weizen per März 191, per Mai 192. Roggen per März 104 à 103, per Mai —,—, per Okt. 108 à 107.

* New-York, 8. Febr. (Telegr.) Rother Winterweizen loco 89, per Febr. 88, per März 89, per Mai — D., 9¼ C.

Petroleum.

* Berlin, 9. Febr. (Amtl.) Petroleum (Raffinirtes Standard white) per 100 kg mit Faß in Posten von 100 Ctr. — Termine still. Gekündigt —.— kg. Kündigungspreis —.— M. Durchschnittspreis —.— M. Loco —.—, per diesen Monat —.— M.

* Stettin, 9. Febr. Loco verzollt 12,70.

* Hamburg, 9. Febr. Petroleum ruhig, Standard white loco 7,35 Br., 7,25 Gd. pr. Aug.-Sept. 7,30 Gd.

* Bremen, 9. Febr. [Schlußbericht.] Ruhig. Standard white loco 7,35 M. a —.— M. bez.

* Antwerpen, 9. Febr. (Telegr.) [Schlußbericht.] Raffinirtes, Type weiß, loco 19¼ bez., und Br., pr. März 18⅞ bez. 18⅞ Br., per April-Juni 17⅞ Br., pr. Sept.-Dez. 18⅛ bez. 18¼ Br. Ruhig.

* New-York, 8. Febr. (Telegr.) Raffinirtes Petroleum 70% Abel Test in New-York 7¾, Gd., do. in Philadelphia 7¾ Gd. Rohes Petroleum in New-York — D. 6¼ C., do. Pipe line Certificats — D. 90½ C.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

* Berlin, 9. Febr. (Amtl.) Oelsaaten per 1000 kg. Gek. —.—. Winterraps —.—, Sommerraps —.— M., Winterrübsen —.— M., Sommerrübsen —.— M. Rüböl per 100 kg mit Faß. Termine niedr. Gekündigt —.— Ctr. Kündigungspreis —.—. Durchschnittspreis —.—. Loco mit Faß —.—, Loco ohne Faß —.—, per diesen Monat —.—, per Febr.-März —.—, per April-Mai 45.2—44.6—44.7 bez., per Mai-Juni 45.4 bis 44.9 M. bez., per Juni-Juli —.— bis —.—, per Juli-Aug. — bez. per Sept.-Okt. 45.5—45.3 bez.

Leinöl per 100 kg— loco — M., Lieferung —.

* Stettin, 9. Febr. Rüböl flau, pr. Febr. 45,50, per April-Mai 45.50

* Breslau, 9. Febr. Rüböl per Febr. 47.00, per April-Mai 46.50.

* Hamburg, 9. Febr. Rüböl still, loco 47.

* Köln, 9. Febr. (Telegr.) Rüböl loco 24.80, per Mai per 50 kg 24.30, per Okt. per 100 kg 48.50.

* Paris, 9. Febr., abends. (Telegr.) Rüböl weichend, per Febr. 52,25, per März 52.75, per März-Juni 52.75, per Mai-Aug. 52.75.

* Paris, 9. Febr. Schluß. (Telegr.) Rüböl matt, per Febr 53,25, per März 53,25, per März-Juni 53.25, per Mai-Aug. 53.25.

* New-York, 8. Febr. (Telegr.) Schmalz (Wilcox) 7,95, do. Fairbanks 8,00, do. Rohe & Brothers 7,90.

Schiffahrt.

Norddeutscher Lloyd in Bremen.

Letzte Nachrichten über die Bewegungen der Dampfer der New-York- und Baltimore-Linien.

Schnelldpt.	Bestimmung			
Ems	Bremen	4. Febr. 7½ Uhr vorm.	von Southampton.
Eider	Bremen	23. Jan. 8 Uhr vorm.	von New-York.
Saale	Bremen	1. Febr. 10 Uhr vorm.	von New-York.
Elbe	New-York	28. Jan. 8 Uhr vorm.	von Southampton.
Lahn	New-York	3. Febr. 11½ Uhr vorm.	Lizard passirt.
Werra	New-York	4. Febr. —	von Bremerhafen.
Amerika	Bremen	1. Febr. —	von Baltimore.
Rhein	Baltimore	25. Jan. —	von Bremerhafen.

der Brasil- und La Plata-Linien

Kr. Fr. Wilh.	Antwerpen, Bremen	2. Febr. von Lissabon.
Strasburg	La Plata	26. Jan. Las Palmas pass.
Hannover	La Plata	2. Febr. Villa Garcia pass.
Berlin	Lissabon, Brasilien	3. Febr. von Vigo.

der Linien nach Ost-Asien und Australien

Neckar	Bremen	3. Febr. in Colombo.
Hohenzollern	Bremen	3. Febr. in Bremerhafen.
Hohenstaufen	Bremen	27. Jan. in Colombo.
Nürnberg	Bremen	3. Febr. von Sydney.
Salier	Australien	28. Jan. von Antwerpen.

G. Henneberg in Zürich,
Seidenfabrik-Depôt (K. u. K. Hoflieferant).
Für **Private** vortheilhafte Bezugsquelle von **Seidenstoffen** jeden Genres in schwarz, weiß u. farbig. Muster umgehend. Doppelt Briefporto.
Durchschnittliches Lager ca. 8000 Stück.

Führen Sie Ihre Bücher nach **Poppe's** neuem System.
Sie sparen Zeit und können jederzeit sofort den ganzen Geschäftsgang ersehen. — Klarer und rascher Bücherabschluß. Vorzügl. Selbstkontrolle. — keine Fehler zulässt. Do